

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 3486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingefandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß des Annahmestillschlusses vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsektoralen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 99

Sonnabend, 30. April

1921

Die amtlichen Jahresberichte über Gewerbeaufsicht.

(N.) Die amtliche Ausgabe der Jahresberichte der Sächsischen Gewerbe- und Aufsichtsbereitschaft für 1920 ist im Druck und wird Ende dieses Monats erscheinen. Bestellungen nimmt die Hirtens Buchdruckerei und Verlag F. Zimmig (H. Schröder) in Dresden, Johannisstraße 24, entgegen. Der Preis für das gebundene Werk mit etwa 55 M., für das broschürierte etwa 52 M., ohne die Kosten für Verpackung und Übersendung, betragen. In den Jahresberichten sind außer den seit reichlich einem Jahrzehnt üblichen Fragen hauptsächlich folgende Sonderfragen besprochen: Die Durchführung der Bestimmungen über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter, die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, die Bestimmungen über Tarifverträge, Arbeiterauschüsse usw., ferner die Frage der vorvertraglichen Wiederherstellung des Zustandes der Betriebsräume, Betriebsleistungen, Maschinen und Gerätschaften; außerdem die Schaffung ausreichender Arbeiterwohnungen sowie die Unterbringung von Kriegsbeschädigten u. a. m.

Unzulässige Geldsammlung.

(N.) Das Ministerium des Innern hat der Reichsvereinigung Heimatkassen (Sitz Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 53, I) die Werbetätigkeit und die Sammlung von Geldbeiträgen in Sachsen untersagt. Die Vereinigung benutzt unbefugt den Namen „Heimatkasse“, und ihre Tätigkeit stellt nur eine Umgehung des an den Heimatskassenbesitzenden Reichsvereins unter anderem Namen dar. Die Bezeichnung Reichsvereinigung Heimatkassen ist geeignet, den Glauben zu erwecken, als ob der sächsische oder der badische Heimatskassenverband in dieser Reichsvereinigung aufgenommen worden seien, während beide der Reichsvereinigung die Führung des Namens unterliegt haben. Maßnahmen über eine verbotswürdige Werbetätigkeit würden der zuständigen Polizeibehörde zur weiteren Verfolgung mitzuteilen sein.

Der Eindruck der deutschen Note in London.

London, 28. April. Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es: Der erste Eindruck, den die deutsche Note Dienstag nachmittags in London gemacht habe, sei ein günstiger gewesen. Eine nähere Prüfung der deutschen Vorschläge habe gewisse Zweifel aufkommen lassen und die Unbestimmtheit verschiedener Paragraphen, insbesondere des § 1, sei als nachteilig empfunden, vielleicht sogar als verdächtig angesehen worden. Deshalb sei der britische Botschafter in Berlin beauftragt worden, auf eine sofortige Klärung der unklaren Punkte zu dringen. Was dies gelte, sei, könne nur gesagt werden, daß die neuen deutschen Vorschläge in jedem Falle einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen darstellten und zum Teil nicht verworfen werden können. Es befreie zugleich die Meinung, die französischen Ansichten über das deutsche Angebot mehr durch Gefühl als durch praktische Erwägungen beeinflusst anzusehen. Die in dem Leitartikel des Blattes zum Ausdruck gebrachte Ansicht geht dahin, daß die deutschen Vorschläge in ihrer augenblicklichen Form unannehmbar seien. — „Daily Chronicle“ schreibt: Das neue deutsche Angebot werde zweifellos von den Verbündeten sorgfältig erwogen werden. Diese müssen zunächst feststellen, was verschiedene Zerkleinerungen bedeuten. Für eine Annahme in jetziger Form besteht jedoch keine Aussicht. Das Blatt sagt ferner, das deutsche Angebot sei an Bedingungen geknüpft und werde davon abhängig gemacht, daß das System der Sanktionen aufhört, daß die augenblickliche Grundlage der deutschen Produktion nicht vermindert und der deutsche Handel von unannehmlichen Beschränkungen befreit werde. Die erste Bedingung brauche keine Schwierigkeiten zu berechnen, wenn mit den Zwangsmaßnahmen, auf die Bezug genommen werde, nur die vor kurzem angelegten und nicht die früheren im Rahmenvertrag angelegten Zwangsmaßnahmen gemeint seien. Die zweite Bedingung bedeute jedoch, daß die Deutschen ganz Oberflächlich be-

Die Entschädigungssumme.

Frankreichs Anteil.

Paris, 29. April. Der „Petit Parisien“ berechnet, daß auf Grund des Verteilungsmittels, das die Verbündeten untereinander verabredet haben, von den 132 Milliarden Goldmark, welche die Reparationskommission als die Verpflichtung Deutschlands festgesetzt hat, Frankreich 66 640 000 000 Goldfrank zufallen. In Papierfranken ausgedrückt erhält also Frankreich 226 512 000 000 Franken.

Der Schadenertrag für Polen nicht einbezogen.

Paris, 29. April. Die Note über den Betrag der Schulden, zu deren Erfassung Deutschland verpflichtet ist, enthält einen Paragraphen, der ausführt, daß in den 132 Milliarden Goldmark die Summe nicht mit einbezogen sei, die Polen in seiner Eigenschaft als ehemaliger Bestandteil des russischen Reiches zu verlangen hat.

„Die Rettung für Deutschland“.

London, 29. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Rettung für Deutschland liegt nur darin, daß es zur morgigen Sitzung des Obersten Rates unmittelbar nach London ein neues aufrechtigendes und haltendes Angebot schickt, das einseitig die Abkündigung der letzten Forderung des Obersten Rates enthält, ein Vorschlag, der angedeutet die Abkündigung der letzten Forderung des Obersten Rates enthält, ein Vorschlag, der angedeutet die Abkündigung der letzten Forderung des Obersten Rates enthält.

London, 29. April. Das amerikanische Bureau meldet: Während sein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger angenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat. Die Antwort von Berlin auf das Ersuchen um genauere Informationen und Feststellungen hat bisher noch keine deutlichen und zufriedenstellenden Aufklärungen gebracht. Die Aussicht auf ein Abkommen auf der Grundlage der nach Washington getriebenen Vorschläge wird keineswegs als günstig angesehen.

London, 29. April. Das amerikanische Bureau erzählt auf eine Anfrage in maßgebenden britischen Kreisen, daß die Auffassung, die insolge britischer Minderfragen bezüglich der deutschen Note an die Vereinigten Staaten von Amerika gegeben wurde, einen sehr schlichten Eindruck hervorgerufen habe. Aufmerksam sei die deutsche Regierung diese Vorschläge nur als Anregungen an. Diese Tatsache könne wahrscheinlich in gewissem Umfang ihre Unklarheiten erklären. Bisher liege keine Mitteilung bezüglich des Rücklaufes vor, während die Annahmen, in denen Deutschland zu zahlen gewillt sei, sich auf 70 oder 80 Jahre zu erstrecken schienen. Die unzufriedenartige Natur der Antwort in einem so wichtigen Punkte habe notwendigerweise mangelnde Aufklärung zu zahlreichen unangenehmen Bemerkungen Veranlassung gegeben. Es werde zugeredet, daß gewisse Klauseln des neuen Angebots in der Frage der Wiederherstellung Frankreichs oder die Bereitwilligkeit, die alliierten Schulden zu übernehmen, einen gewissen Fortschritt gegen die früheren deutschen Angebote darstellten. Solange die deutschen Vorschläge mit Bezug auf diese Teile unklar blieben, sei es äußerst unwahrscheinlich, daß sie als Grundlage einer Erörterung angesehen werden könnten. Nach britischer Ansicht sei es zweifelhaft, ob es denn, daß irgendein amerikanischer Vorschlag in verhältnismäßig kurzer Zeit unterbreitet werde, daß irgendeine befriedigende Entwidlung er-

reichbareres Angebot schickt, das eine klarere Stellung und Ergänzung der in Washington unterbreiteten Vorschläge bedeutet. Das Washingtoner Angebot wird von verschiedenen amtlichen Kreisen als ein Fortschritt gegenüber den früheren deutschen Vorschlägen angesehen, da sich Deutschland darin bereit erklärt, die Entscheidung einer internationalen Konferenz oder der amerikanischen Regierung anzunehmen. — „Daily Telegraph“ meldet aus New York: In Amerika sei man allgemein der Ansicht, daß es schwer gelingen werde, Deutschland zu bezaubern, sein Reparationsangebot in einem für die Verbündeten befriedigenden Sinne abzuändern.

Lloyd George und die deutschen Vorschläge.

London, 28. April. Im Unterhause erklärte Lord George, er bedaure sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht zufriedenstellend seien. Sie würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen zugleich von den Finanzsachverständigen aller Verbündeten sehr sorgfältig geprüft. Zur Frage der Befreiung des Ruhrgebietes sagte Lloyd George, er zweifle daran, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag fallen könne.

hofft werden könne. Was die Wirkung der Ereignisse der letzten Tage auf das bevorstehende Zusammenreffen des Obersten Rates betrifft, so werde daraus hingewiesen, daß angedeutet der Umstand, daß die Verbündeten keine offizielle Angabe weder von Deutschland noch von den Vereinigten Staaten von Amerika begeben, es sehr unwahrscheinlich sei, daß sie überhaupt im Rate der Verbündeten erörtert würden. Seine Aufgabe werde es nur sein, zu entscheiden, welche Aktion im Hinblick auf die Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen getroffen werden sollte.

Abreise Briands nach London.

Paris, 29. April. Der Ministerpräsident Briand wird heute mittags nach London abreisen. Der Generalkonsul Philipp Berthelot, Marschall Hoch und General Wegand begleiten ihn.

Parade der amerikanischen atlantischen Flotte.

London, 29. April. Aus Old Point Comfort in Virginia wird vom 28. April gemeldet: Präsident Harding hielt eine Parade der amerikanischen atlantischen Flotte von seiner Präsidentenmacht aus ab. Darauf begab er sich auf das Schlachtschiff „Pennsylvania“ und hielt eine Ansprache an die Mannschaften, in der er erklärte, er hoffe, daß niemals wieder im Ernstfall der Befehl ergehen werde, daß Schiffe feuern. Wenn alle Regierungen wie die der Vereinigten Staaten wären, dann würde dauernder Frieden herrschen. Amerika wolle keine Gebiete und keine Tribute. Amerika wolle nur das, was ihm rechtlich zustehe.

Ablehnung Amerikas?

Basel, 28. April. Nach einem Washingtoner Telegramm des „Corriere della Sera“ habe man allen Grund zu glauben, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Regierung mitteilen werden, daß ihre Vorschläge nicht bereit seien, daß sich ihre Übermittlung an die Alliierten durch die amerikanische Regierung verzögern würde. Eine Erneuerung der Sanktionen scheine deshalb ausgeschlossen.

Frankreichs wahre Absichten.

Man mag über den Entschluß der Regierung, sich mit einem Ersuchen um Vermittlung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu wenden, denken wie man will, so viel muß jedem klar sein, daß das neue deutsche Angebot, das nach der Auffassung zahlreicher Sachverständiger die deutsche Leistungsfähigkeit bereits überschreitet, nicht nur ein Beweis des guten Willens Deutschlands ist, sondern zugleich auch als Prüffeld für den guten Willen unserer Vertragspartner zu gelten hat. Daß Deutschland die beste Absicht hat, das Reparationsproblem endlich einmal zu lösen, hat es bei wiederholten Gelegenheiten bewiesen, dagegen fehlt es noch immer an dem einwandfreien Nachweis, daß es den verbündeten Mächten, insbesondere Frankreich, wirklich auf nichts anderes ankommt, als auf die angebliche Wiederermittlung der durch den Krieg erlittenen Schäden.

Die Aufregtheit der Pariser Presse über den deutschen Schritt in Washington sowie die Spannung, mit der man in Paris dem weiteren Verhalten des Präsidenten Harding entgegenfiehet, sind eine Bestätigung für die Vermutung, daß die Franzosen eine rasche Lösung der Entschädigungsfrage zwar wünschen, ihre Wichtigkeit aber hinter den Zielen ihrer ungesügellen, chauvinistischen Politik zurücktreten lassen. Noch ehe die deutschen Vorschläge im Worte vorlagen, hat die Pariser Presse erklärt, daß sie unannehmbar seien; als sie die Wahrnehmung machen mußte, daß der Eindruck der deutschen Note an Harding in den Hauptstädten der anderen Alliierten keineswegs ein ungünstiger sei, befestigte man sich in Paris, dem Publikum zu versichern, daß selbst die besten deutschen Vorschläge nicht taugten, wenn nicht die nötigen Garantien gegeben seien. Mit anderen Worten: Man wolle auf die Befreiung des Ruhrgebietes nicht verzichten, selbst wenn die neuen deutschen Vorschläge eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen den Parteien boten.

Die Antwort aus Washington liegt zur Stunde noch nicht vor, aber die Verzögerung ihres Eintreffens dürfte kaum bedeuten, daß man in Amerika das deutsche Angebot für unentbehrlich hält. Präsident Harding muß in ihnen mindestens einen verhandlungswürdigen Kern gefunden haben, da er sonst sich kaum veranlaßt gesehen hätte, die deutschen Vorschläge, wenn auch inoffiziell, an die Verbündeten weiterzugeben. Die Diplomatie Frankreichs ist natürlich eifrig am Werke, um möglichst zu verhindern, daß sich Harding demüßigt fühlt, das deutsche Angebot an die Verbündeten offiziell weiterzugeben. Ob ihnen dieses Spiel geläuden wird, muß in diesem Augenblick dahingestellt bleiben, denn wenn auch der Verband bisher seinen ganzen Propagandaapparat aufgebieten hat, um Deutschlands wahre Absichten zu enttarnen, so wird man sich in Paris kaum getrauen dürfen, dem vernünftigen Sinn, der im Weißen Hause zu Washington herrscht, mit derartigen Zumutungen zu kommen. Leichten Herzens wird also Frankreich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf seinen Plan, das Ruhrgebiet zu besetzen, verzichten wollen, und es wird allerhand Schwierigkeiten zu machen versuchen, um die Vermittlungsfunktion Amerikas zum Scheitern zu bringen und sich damit das Recht zu sichern, selbständig gegen Deutschland vorzugehen.

Allerdings wird man der französischen Regierung, wenn sie durch einen gewaltsamen Zugriff auf Deutschlands Industriegebiet sich die Summen zu verschaffen suchen sollte, die sie angeblich auf gütlichem Wege von Deutschland nicht erhalten kann, ihr auch in Washington entgegenhalten, daß derartige Hoffnungen in dem Maße trügerisch sind, daß man kaum Veranlassung hat, an die vorgeschobene Absicht Frankreichs zu glauben. Präsident Harding aber hat in seinen bisherigen Äußerungen so deutlich seine Abneigung gegen jede imperialistische Politik und seinen entschiedenen Willen, bei der Befriedung Europas nicht beiseite zu stehen, kundgegeben, daß er die ganze Bankrottheit seines Amisvorsetzers befehlen müßte, wenn er sich von den Herren Briand und Millerand über ihre wahren Absichten täuschen lassen sollte. Bei der Neutralen jedenfalls sieht man heute bereits ganz klar. Man labelt dort zwar die Politik der deutschen Regierung, die erst ihre ursprünglichen Angebote nicht mehr abtrotzen zu können vor-

gab und hinterher ganz Unkennliches zuliegt, aber man lobt nicht nicht wider den Sturz des Reichs...

Neue deutsche Vorschläge (?)

Berlin, 28. April. Wie die Blätter von unterrichteter Seite erfahren, ist bisher eine amerikanische Antwort auf die deutschen Vorschläge...

Unbegründetes Gerücht

Berlin, 28. April. „Ouvro“ und „Echo de Paris“ meldeten, daß man deutscherseits bereits Truppen bause für die Aufnahme der verbündeten Truppen im Ruhrgebiete...

Der Reichsbankpräsident zur Frage der Goldauslieferung

Berlin, 28. April. Der Hauptauschuss des Reichstages hat den von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzentwurf über die Beteiligung des Gemeines der Reichsbank ohne Abänderung angenommen...

deutsche Papiermarkt würde doch sehr hoch sein. Damit würden auch diese 100 Millionen Papiermarkt im Auslande schwer geschädigt.

Belieferung der besetzten Gebiete mit Nahrungsmitteln

Berlin, 28. April. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 26. d. M. eine Sitzung statt, an der außer den Zentralbehörden und den amtlichen Wirtschaftsstellen die Vertreter der rheinischen Landwirtschaft...

Rücktritt des Präsidenten der Reichsgetreidekasse

Berlin, 28. April. Der Präsident der Reichsgetreidekasse Kriemer wird am 1. Mai d. J. von seinem Posten zurücktreten und durch Geheimrat Metz ersetzt werden.

Unterjochung der Ursachen des mitteldeutschen Aufstandes

Ein Ausschuss von 29 Mitgliedern des preussischen Landtages wird die Ursachen, den Umfang und die Wirkung des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland untersuchen.

Strafverurteilung bei den außerordentlichen Gerichten

Berlin, 28. April. Unter dem 24. d. M. ist folgender Erlass des Reichspräsidenten ergangen: Der Reichsminister der Justiz kann die außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) gebildet worden sind, ermächtigen, die Strafverurteilung gerichtlich festgesetzter Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten unter Bestimmung einer Bewährungsfrist auszusprechen...

Monaten sowie Geldstrafen, zu deren Erlass solche Freiheitsstrafen festgesetzt sind, nach Ablauf der Bewährungsfrist zu erlassen. Der Reichsminister der Justiz kann ferner für den Fall, daß die Tätigkeit eines außerordentlichen Gerichts endet, mit Zustimmung der zuständigen Landesjustizverwaltung die ordentlichen Gerichte ermächtigen, in dem in Absatz 1 angegebenen Umfange bedingte Strafverurteilung zu bewilligen...

Die Löhne der Bergarbeiter

Essen, 28. April. Zwischen den Verbänden der Bergarbeiter Deutschlands wurde heute ein Abkommen getroffen, wonach die Löhne der Arbeiter unter Berücksichtigung ihres Alters und der Arbeitsfähigkeit verschiedentlich erhöht werden.

Der Reichstatar der Banlangestellten

Berlin, 28. April. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Banlangestellten mitteilt, haben die gestrigen Reichstataritätsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in späteren Runden folgenden Schiedspruch erzielt: Die Leuzungshöhen der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten werden um 1000 M. jährlich, die Haushaltsgehälter um 400 M. erhöht. Die Kinderzulage beträgt bis zum 7. Lebensjahre 1000, vom 7. bis 12. Lebensjahre 1200, und für ältere Kinder 1500 M. Die Leuzungszulage der Bureauarbeiten wird um 500 M., diejenige der über 20 Jahre alten Lehrlinge um 600 M. erhöht. Außerdem wird eine kleine Verbesserung in der Berechnung der Berufsruhe der weiblichen Angestellten beschlossen.

Ausstand in Berlin

Berlin, 28. April. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Berliner Einzelhandel über Lohnfragen sind gestern abend gescheitert, jedoch ein Streik unvermeidlich geworden. Der Ausstand würde 30 000 Arbeitnehmer umfassen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 28. April. Beginn der Sitzung 1 Uhr. Auf Vorschlag des Präsidenten läßt sich vor Fortsetzung der gestrigen Beratung die Vorlage, durch die das Verbot der Goldausfuhr bis zum 1. Oktober d. J. verlängert wird, in allen drei Lesungen angenommen. Hierauf wird die außenpolitische Aussprache fortgesetzt.

Wenn auf internationalen Kongressen kommt wieder die Forderung der Forderung in den Mittelpunkt gestellt werde, dann dürfte auch die deutsche Regierung zu den ungeduldeten Bedingungen nicht schweigen. (Beifall.) Auf die scharfen Angriffe Lloyd Georges in London hätte der deutsche Vertreter antworten sollen. Die Leistungsfähigkeit eines Volkes könne nicht nur von nationalökonomischen, sondern auch von psychologischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Eine internationale Verständigung werde kommen, weil sie kommen müsse. Amerika sei als Rohstoffland interessiert an der Kaufkraft seiner Abnehmer. Man sollte es begrüßen, wenn die Führer der weltwirtschaftlichen Bewegung die Wirtschaft der Länder zusammenführen. Dabei sollten die Staatsmänner miteinreden. Nur Deutschland wirtschaftliche Stärke könne Frankreich vor dem Zusammenbruch retten. Auch wenn der letzte Schritt Erfolg haben sollte, werde jede deutsche Regierung noch große Schwierigkeiten durchzumachen haben. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Simon: Ich danke dem Redner, dessen Ausführungen schon viel meiner beabsichtigten Antwort vorausgenommen haben. Ich habe in London nicht gegen das Schiedsbescheid Einspruch erheben können, weil die Entente dieses Bescheid in schriftlich in Händen hatte, und ein etwaiger rednerischer Erfolg die Gefahr schwerer Schädigungen für das deutsche Volk bedeutet hätte. Ich habe aber den deutschen Standpunkt der Schiedsfrage schriftlich freigegeben. Es wird das Verbot der Goldausfuhr zu öffnen, um dann die Schuldfrage unter neutraler Kontrolle feststellen zu lassen. Der Vorwurf, daß die Regierung zu wenig nachsichtig sei, trifft nicht zu. Unser entsprechender Versuch war gescheitert. Für die Behauptung, die Form unserer Note sei unzulänglich, ist kein Beweis erbracht worden. Wir sind bemüht gewesen, der Pflicht der Gegenseite gerecht zu werden. Schon macht man uns das auch zum Vorwurf. Ein Wegweiser der deutschen Ehre ist in dem Schiedspruch nicht zu erblicken. Dr. Heffrich hat sich als Rumpfschiff für Gerechtigkeit bezeichnet, natürlich mit dem Hintergedanken, ich sei als Minister nicht brauchbar. Demgegenüber sage ich, daß ich zu lange zurück bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen. Ich stehe auf dem Standpunkte unbedingten Gerechtigkeitsgedächtnis und gebe die Forderung noch nicht auf, daß wir doch noch zu Verhandlungen kommen werden. Freilich muß hier der Gerechtigkeitsgedanke mehr als bisher berücksichtigt werden. Wie die Franzosen bei den Reparationen rechnen, wird dadurch bewiesen, daß unsere Schiedspruchenden die Forderung von 170 Milliarden auf 132 Milliarden zurücksetzten konnten und das selbst ist zweifellos noch zu viel. Andererseits ist doch die Forderung einer Entschuldigungsfrist von 24 Stunden nicht geeignet, eine sachgemäße Verständigung zu erlangen. Aber den Inhalt der Note will ich nicht sprechen. Es macht aber den Eindruck, als ob sich der französische Außenminister der Wirkung der geplanten Sanktionen nicht mehr so sicher sei. Weber Italien, noch die Tschechoslowakei wollen sich den Sanktionen anschließen. Was sonst noch verhandelt, beruht auf Kombinationen. Daß Deutschland keine militärische Gefahr für Frankreich bedeutet, wird auch von England anerkannt.

Redner gibt sodann eine Übersicht über das Ergebnis der Waffenablieferungen, die grandiose Leistung, die jemals ein Land vollbracht habe und führt fort: Wir besitzen nicht einmal 1000 Kanonen. Unsere Festungen sind ohne Geschütze. Aber ich habe noch nichts davon gehört, daß nun auch die anderen Clappen der Weltabrüstung allmählich beginnen. Bisher hat lediglich Deutschland abgerüstet. Nur mit der bayerischen Einwohnerwehr hapert es noch. In der Frage der Luftschiffahrt verlangen wir

Wissenschaft und Kunst

Tresden, 29. April. Wissenschaft und Technik. Im Auftrage des Akademischen Senats der Universität Leipzig ladet der Arbeitsausschuss zur Leipziger Universitätswoche (22. bis 29. Juni 1921) ein. Die Leipziger Universitätswoche soll betonen, daß wir Deutschen trotz der Schicksalnot, die über unser Volk hereingebrochen ist, die Wissenschaft als hohes Gut der Menschheit in alter Liebe weiter pflegen und entwickeln. Nach wie vor steht der Deutsche in den Ländern des Westes die stärksten Kräfte der Kulturforschung. Dank den Anregungen, die von der Wissenschaft auf alle Gebiete geistiger und wirtschaftlicher Betätigung ausgehen, wird gerade ihre treue Pflege und beim Wiederaufbau des deutschen Gemeinwesens Erfolg sichern. Sie wird aber auch, so hoffen wir im Hinblick auf die Gemeinamkeit wissenschaftlicher Ziele, dazu beitragen, die gelockerten oder gar zerfallenen Beziehungen zwischen den Völkern zu befestigen und zu erneuern. Zur Teilnahme an der geplanten Tagung werden außer unseren Volksgenossen diesseits und jenseits der Reichsgrenzen ganz besonders die Männer und Frauen befreundeter Völker, die sich mit uns eins fühlen in der Verhaltung wissenschaftlicher Bestimmung und kulturfördernder Arbeit eingeladen. Für die schwedischen Gäste wird sich auch Gelegenheit bieten, zusammen mit der deutsch-schwedischen Vereinigung am Johannistag die benachbarte, gewerbliche Stätte von Rügen aufzusuchen. Um Überlastung der Teilnehmer zu vermeiden, wird infolgedessen Beschränkung geknüpft werden, als bei den wissenschaftlichen Darbietungen der diesjährigen Tagung insbesondere die naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Forschungsrichtung zur Geltung kommen soll. Auf diesem Gebiete werden vor allem neuere Ergebnisse und solche Arbeitsweisen hervorgehoben werden, die in

Deutschland besondere Pflege genießen. Im Anschluß an die Vorträge, an denen ein jeder sich das ihm Angelegene wählen möge, sollen Besichtigungen wirtschaftlicher und sonstiger kultureller Einrichtungen in Leipzig und seiner Nähe stattfinden. Auch naturkundliche sowie kulturgeschichtliche Ausflüge (etwa nach Kötzsch-Wechselburg, Weichen oder Retschburg) sind in Aussicht genommen. Anträgen sind zu richten an Prof. Dr. F. Rinow, Leipzig, Talstraße 38. Die Erhaltung der bisherigen Gesamtuniversität Jena ist gemäß dem § 68 der Thüringischen Verfassung mit dem 1. April 1921 auf das Land Thüringen übergegangen. Mit diesem Tage hat das Thüringische Ministerium für Volksbildung die Verwaltung der Landesuniversität Jena übernommen. So werden von jetzt ab von diesem Ministerium auch die ärztlichen, pharmazeutischen, pharmaziezeitlichen und naturwissenschaftlichen Prüfungsangelegenheiten bearbeitet (mit Ausnahme der pharmazeutischen Vorprüfung). Literatur. Wie Goethe und Gottfried Keller hat auch der dritte Großmeister der deutschen Prosa, Adalbert Stifter, zunächst fest daran geglaubt, daß er zum Maler bestimmt sei. Über diese bisher noch wenig bekannte Seite des künstlerischen Schaffens dieses Erzählers, der wie kein anderer mit Worten zu malen verstand, spricht Hermann Bahr in neuesten Hefen des „Jahres-Schiffes“. 1844 reichte er ein „Gesuch um Aufnahme in den Dichterverein“ ein und erklärte dabei: „daß er in Wien anständig ist und seit einer Reihe von Jahren die Landmalerei ausübt und von dem Ertrage derselben lebt, da er in keinerlei öffentlichem oder Privatamt steht.“ Auch das „Neue Allgemeine Künstler-Lexikon“ von 1867 nennt ihn als „Maler“ zu Wien. Er widmete sich dem Genetische und ist auch als belletristischer Schriftsteller bekannt. Er selbst hielt sich lange Zeit als Schriftsteller nur für einen Dilettanten und hoffte, es als Maler zu

großem zu bringen. Aber auch, als er sich immer mehr der Dichtung zuwandte, blieb er doch dem Malen im stillen bis ans Lebensende getreu. In einem merkwürdigen Tagebuch über „Malerarbeiten“ vermerkte er sorgsam Tag um Tag, woran er gezeichnet und gemalt und wie viele Stunden und Minuten er gezeichnet oder gemalt habe, und am Ende des Monats wird jedesmal genau die Summe gezogen. So heißt es etwa vom März 1854: „An der Heiterkeit gezeichnet 18 Stunden, an der Heiterkeit gemalt 2 Stunden 42 Minuten, an der Bewegung gemalt 29 Stunden 28 Minuten, an der Vergangenheit gezeichnet 1 Stunde 56 Minuten, an der Vergangenheit gemalt 4 Stunden 36 Minuten.“ Der letzte Vermerk ist vom 24. August 1867, ein halbes Jahr vor seinem Tode. Da hat er noch von 7 Uhr 33 bis 8 Uhr 40 und von 2 Uhr 06 bis 3 Uhr 26, also 1 Stunde und 37 Minuten lang, „an der Ruhe gemalt (Verge)“. Der Glaube Stifters, seine Gemälde und Zeichnungen seien große Kunstwerke, war aber ein Irrtum. Wohl spricht aus ihnen eine starke Begabung, wie das ja bei einem so wunderbaren Beobachter nicht anders möglich war, aber durch ein befähigtes Weitermalen und Verfeinern wird ein peinlicher Eindruck erzielt. „Der reine, stille, große Lebensblick für die Unschuld der Dinge wagt sich in seinen Bildern doch nie ganz hervor“, so lautet das abschließende Urteil Bahr. „Malen ist offenbar doch nicht die Mutterprache seines Gemütes gewesen. Erst in seinen Erzählungen tritt die Stifter-Landschaft rein auf, von solcher Klarheit und doch so geheimnisvoll, in aller Einfachheit von solcher Intensität, mit ihren Andeutungen so monumental, daß sie dem Kläffischen so nahe kommt, wie sonst in der ganzen nachgoetheischen Zeit vielleicht nur noch, in seinen letzten Werken zuweilen, Raskin.“ Der „Verein für Geschichte und Naturwissenschaft“ und die „Literarische Gesellschaft“ in Sangerhausen beschäftigen, dem Winnefänger Heinrich von Morungen ein Denkmal

zu setzen, und zwar auf den Überresten der Morungenburg bei Sangerhausen. Wenn auch die Zeiten des banienreligenden Deutschlands nicht dazu angetan sind, ein prunkendes Denkmal zu errichten, so ist doch die Nachwelt diesem Winnefänger wenigstens eine bescheidene Gedenktafel an seiner Geburtsstätte schuldig. — Im „Korrespondenzblatt für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ finden wir folgende Mitteilung: Vor kurzem hat wieder eine Sitzung des Unterausschusses für die Rechtschreibänderung stattgefunden, zu der kein Vertreter der Korrespondenten hinzugezogen worden war. Über die Ergebnisse dieser Sitzung soll aber nichts in die Öffentlichkeit kommen; den Teilnehmern ist strenges Schweigebot auferlegt worden. Trotzdem sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß an den von den verurteilten Vorschlägen festgehalten worden ist. Es sind dies Änderung der Großschreibung, Fortfall der Doppelschleife, des Dehnungs-h, des e in ie (wo indes ein Doppelsinn entstehen könnte, kann in alter Weise weitergeschrieben werden), weiter Fortfall des ai, z und y. Vereinfachung der Trennungsgrenzen usw. — Ende Kunst. In Breslau hat Prof. Buchwald ein bisher unbekanntes Jugendwerk Adolfs v. Menzels entdeckt. Es ist ein nach dem Leben gezeichnetes Lithographisches Bildnis des Breslauer Fürstbischöflichen J. Emanuel v. Schönau, das der Künstler 13- oder 14jährig angefertigt haben muß, da er 1830, noch nicht 15jährig, mit seinem Vater von Breslau nach Berlin übersiedelte. Bis jetzt wurden nur zwei Stiche dieser Lithographie festgestellt. — Theater und Film. Eleonore Duse wird mit einer eigenen Truppe, der Jacconi und der Sohn Ernste Novelli angehen, Anfang September in Prag, Brünn und Preßburg auftreten. Es ist u. a. eine Aufführung von „Hedda Gabler“, in welchem Stück die Duse die Rolle der Frau Alving spielen wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Duse, die man seit Jahren in Deutschland nicht mehr hat be-

ein Schiedsgericht. Gegenüber den Versuchen der Verbände, und die Richtliniehaltung unserer Verpflichtungen in der Entlassungsfrage vorzubehalten, muß festgestellt werden, daß wir unseren Pflichten ganz nachkommen sind. Auch in der Frage der Verhaftung der Kriegsschuldigen stehen wir fest vor der Aufnahme der Verhandlungen. Gegenüber dem großen polnischen Exzeß von 600 000 Mann sind Besorgnisse im Osten wohl berechtigt. Die Aufhebung der Grenzbeschränkung ist ein Schritt, um sie zu beseitigen. Die Form der reaktionärer Umtriebe sind nicht am Wege. Eine Entscheidung bei der Wochensitzung wird geben die Antwort gebracht, daß Polen bereits seit Januar überholt. Das stimmt nicht zu unseren bisherigen Informationen. Denn neue Jahreshinge werden zu Änderungen eingebracht, aber nicht wieder entlassen. Die Maßnahmen der deutschen Regierung sind nur darauf gerichtet, zu verhindern, daß die erregte Bevölkerung sich zu Zwischenfällen hinreißt. Die Verhandlungen mit Polen werden fortgesetzt namentlich über das große Wirtschaftsabkommen. Auch die odeschleische Frage bildet der Gegenstand der Verhandlungen. Mit den Teilung Oberschlesien sind selbst viele Polen nicht einverstanden. Das Problem ist aber so schwer, daß keine Lösung ein Schiedsgericht für Europa ist. Die Untersuchung über die Ursachen in Mitteldeutschland hat zweifelslos ergeben, daß ein Zusammenstoß zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und Russlands besteht. Für eine Beteiligung der Sowjetregierung in diesen hat sich kein Beweis erbringen lassen. Es besteht somit kein Anlaß, den von weiterer Verhandlungen mit Russland wegen Aufnahme von Handelsbeziehungen fallen zu lassen. Im übrigen wolle sich langsam ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen sucht. Auch in bezug auf den Wiederaufbau müssen wir in die Zukunft blicken, nicht nach rückwärts.

Wegner führt schließlich Stimmen aus dem Hause an, die ebenfalls allmählich den deutschen Standpunkt würdigen. (Bravo.)

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Die mit dem Friedensverträge nicht zu vereinbarenden Reaktionen bedeuten die Erneuerung des Kriegszustandes. Es ist ein Grundgesetz nicht nur meiner Partei, sondern auch der amerikanischen Regierung, daß vor dem Eintritt des Kriegszustandes ein Schiedsgericht angerufen werden soll. Darum war das Angebot der deutschen Regierung an den Präsidenten Harding durchaus zu billigen. Amerika ist nur wirtschaftlich, nicht politisch an den europäischen Verhältnissen interessiert. Deshalb ist die Vermittlung dort in guter Hand. In dieser Zeit der schwierigen Verhandlungen ist die größte Zurückhaltung des Parlaments, nicht aber Partei und rein negative Kritik am Platze. Deutschland hat jetzt endlich die Legende zerlegt, daß es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht bereit sei.

Abg. Dr. Spahn (Zent.), der auf der Tribüne nur teilweise verständlich ist, spricht sich dem Wortführer in der gütigen Beurteilung des amerikanischen Vorkommens an und wendet sich scharf gegen die angebotenen Sanktionen, die es Deutschland unmöglich machen würden, das einzige Mittel der Wiedergutmachung anzuwenden, nämlich seine Arbeit.

Abg. Ledebour (Unabh.) verlangt, daß vor allem die Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. Die von Strzejemann gewünschte Verständigung zwischen Stinnes und Loucheur würde zur Ausplünderung der Arbeiterklasse führen. Als Wegner erklärt, Hesselich und seine Freunde hätten kein Recht, die Folgen ihrer eigenen Schuld der jüdischen Regierung vorzuwerfen, nähern sich die deutschnationalen Abgeordneten Lawrence und Brandt mit drohenden Zurufen der Tribüne. Dieser deutet mit der bekannten Geste Bekanntheit des Redners an und ruft „Lügner!“

Bischoffsident Weß rügt energisch das Benehmen der beiden deutschnationalen.

Abg. Ledebour verweist in seinen weiteren Ausführungen auf den Widerstand der Arbeiter in den Verbändeländern gegen den Imperialismus ihrer Regierungen.

Damit schließt die Aussprache. Der Nachtragetat für 1920 wird ohne Aussprache an den Hauptauschuß überwiesen. Das Haus vertagt sich am morgen nachmittag 1 Uhr. Anfragen, Interpellation wegen Verfolgung von Kriegsverbrechern.

Schluß 1/2 Uhr.

Das englische Unterhaus und die deutschen Vorschläge.

London, 28. April. Im Unterhause erklärte Lloyd George mit Bezug auf die letzten Zusammenkünfte, betreffend die geplante Aktion der britischen und der französischen Regierung gegen Deutschland: Die allgemeine Haltung der britischen Regierung gegenüber der geplanten Besetzung des westfälischen Kohlengebietes sei in seiner Antwort vom letzten Montag auseinandergesetzt worden. Die genauen Pläne für die Besetzung des Kohlengebietes wüßten augenblicklich von der Konferenz der verbündeten Sachverständigen besprochen. Ihre Berichte würden der interalliierten Konferenz am Sonnabend unterbreitet werden. Lloyd George sagte u. a. noch: Wenn die deutschen Vorschläge nicht genügen sollten, würde man zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet sein, jedoch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengebiete Westfalens betrafte. Chamberlain wiederholte noch einmal, daß am nächsten Donnerstag bei der Beratung des Budgets des auswärtigen die Frage einer neuen Aktion gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Kenworthy bemerkte, während die Aussprache erst am Donnerstag Ratifizieren sollte, hätten die Franzosen bereits angekündigt, sie beabsichtigten, am Sonntag loszumarschieren. Chamberlain erwiderte, wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wolle, so würde dies auch durch eine Aussprache im Unterhause nicht verhindert werden.

„Was will Frankreich?“

London, 28. April. „Daily News“ schreibt in einem „Was will Frankreich?“ überschriebenen Artikel: Die bisherige Stellungnahme der französischen Regierung gegenüber den neuen deutschen Vorschlägen unterläßt die Ansicht, daß Frankreich ohne Rücksicht auf die von Deutschland gemachten Angebote die Festigung Deutschlands zustande bringen wolle. Das Blatt fragt, ob Frankreich bereit sei, in dieser Frage allein zu handeln und es sich leisten könne, die öffentliche Meinung in England und Amerika unberücksichtigt zu lassen, indem es grundsätzlich alles, was Deutschland anbietet, als Grundlage für eine Fortsetzung ablehne. — „Daily Herald“ schreibt: Die französische Regierung denke in erster Linie nicht an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern an die Besetzung des linken Rheinstroms und des Ruhrgebietes, an die Festhaltung Deutschlands, an einen neuen Rheinbund, vielleicht an ein neues Königreich Westfalen.

Besprechung Jaspars mit Lloyd George.

Paris, 28. April. Jaspars meldet aus London: Der belgische Minister des Äußeren Jaspars hatte heute mehrere Besprechungen mit Lloyd George. Loucheur, Theunis und Bladett setzten heute ihre Besprechungen fort. Bei diesen Beratungen hätten laut Jaspars sich die drei alliierte

Vertreter mit allen finanziellen Problemen befaßt, die bei einer Besetzung des Ruhrgebietes in Frage kämen. Sie hätten sich besonders mit dem gegebenenfalls zu erwartenden Ertrage bei einer Besetzung des Ruhrgebietes beschäftigt und seien zu dem Schluß gekommen, daß dabei eine Summe von einhalb bis zwei Milliarden Goldmark jährlich erwartet werden könne.

Frankreich und Belgien und die deutschen Vorschläge.

London, 28. April. Das Reutersche Bureau erzählt, daß die französische Regierung den französischen Botschafter in Washington aufgefordert habe, das Staatsdepartement davon in Kenntnis zu setzen, daß es die letzten deutschen Vorschläge weder billigen, noch in ihnen die Grundlage für ein mögliches Abereinkommen erblicken könne. Der belgische Minister des Äußeren Jaspars hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß Belgien den deutschen Vorschlag nicht einmal der Erörterung wert halte.

„ABC“ gegen die Auslieferung der Goldreserve der Reichsbank.

Madrid, 28. April. „ABC“ bringt unter der Überschrift „Das deutsche Gold“ einen scharfen Aufsatz gegen das französische Verlangen nach Auslieferung der Goldreserve der Reichsbank, nennt dieses Verlangen die einzige Konstante, die nicht im Friedensverträge enthalten sei, und betont den bedeutenden Schaden, den die Neutralität durch den Wegfall der Goldgarantie infolge weiterer Entwertung der Marktskala erleiden würde. „ABC“ veröffentlicht einen Aufruf katholischer Arbeiter an die gesamte katholische Arbeiterchaft der Welt zwecks Abänderung des Verfallens Beitrages.

Deutsche Gewerkschaftsführer in London.

London, 28. April. „Daily Chronicle“ zufolge sind vier deutsche Gewerkschaftsführer Gschmann, Hüb, Dittmann und Silbermann in London eingetroffen, um mit hervorragenden Politikern und Arbeiterführern über die Wiedergutmachungsfrage und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu beraten.

General Pellé wieder in Prag.

Prag, 28. April. General Pellé, der französische Reorganisationsminister der tschechoslowakischen Armee, der nach heftigen Auseinandersetzungen mit den tschechoslowakischen Behörden als französischer Oberkommandier nach Konstantinopel verlegt worden war, ist kürzlich nach Prag zurückgekehrt. Er hat sich dortselbst mit der Tochter des Prager Rechtsanwalts Dr. Braunner verheiratet.

Die Lage in Fiume.

Fiume, 28. April. (Sefani.) Gestern haben sich die Besatzen von Fiume des Rathhauses bemächtigt und ein vorläufiges Direktorium unter dem Vorherrsche des ehemaligen Bürgermeisters Gigante als Regierungsgewalt eingesetzt. Gigante erklärte, daß der Kommandant der Karabiniers von Fiume alle Verantwortung übernehme. Drei an die Bevölkerung gerichtete Aufrufe wurden veröffentlicht, in denen insbesondere die Wahlen vom 24. d. M. für nichtig erklärt werden. Ein einmündiger Zug bewegte sich unter Hochrufen auf Italien und d'Annunzio durch die Straßen. Die Stadt ist ruhig. Nach Blättermeldungen wurden nachmittags drei italienische Delegierte

amtlich von der erfolgten Proklamation in Kenntnis gesetzt.

Die finanzielle Lage Dänemarks.

Kopenhagen, 28. April. Im dänischen Reichstage gab der Finanzminister Reergaard eine Übersicht über die finanzielle Lage des Landes. Das abgeschlossene Finanzjahr weist einen Fehlbetrag von über 200 Mill. Kronen auf. Der Minister bezeichnet diesen Fehlbetrag als nicht überraschend, da im verfloßenen Jahre die Einverleibung Korsholms nennlich bedeutende Kosten verursacht habe. Nach dem Bericht Reergaards betragen die einmaligen Ausgaben für die Wiedervereinigung 180 bis 185 Mill. Kronen. Die Verwaltungskosten für Korsholms waren in der Übergangszeit höher als im übrigen Lande.

Die Bergarbeiterbewegung in England.

London, 28. April. Die Besprechungen der Vertreter der Bergwerksbesitzer, der Bergarbeiter und der Regierung dauerten heute den ganzen Tag. Es wird mitgeteilt, daß die Regierung die von ihr angebotenen Unterstützungsgelder von 7 1/2 auf 10 Mill. erhöht habe. Die Bergarbeiter sind noch nicht vollständig zufriedengestellt, doch wird der Vorschlagsausschuß der Vertreterkonferenz Bericht erstatten.

Unruhen in Italien.

Rom, 28. April. Wie die Blätter melden, letzten gestern Festen die Arbeitsämter sowie die Bureaus anderer sozialistischer Einrichtungen in Terni in Brand. Zum Zeichen des Protestes traten die Arbeiter in den Stahlwerken, Hochöfen und anderen Fabriken in den Aufstand. Festen suchten die Umgebung von Terni auf und richteten die Versammlungsschule der Sozialisten in Romore, Piediluco und Fapigno ein.

Selbständige sozialistische Sowjetregierung in Abchasien.

Reval, 28. April. Das früher zum Bestande der georgischen demokratischen Republik gehörende Abchasien ist von dem dort gebildeten Sowjet als selbständige sozialistische Sowjetregierung ausgerufen worden.

Vertrag zwischen England und Afghanistan.

Amsterdam, 28. April. Wie aus Simla gemeldet wird, stehen sich die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen England und Afghanistan hin, da Afghanistan darauf besteht, daß die Afghanen eine unabhängige Nation seien und in unmittelbare Beziehungen zu den europäischen Staaten treten wollen.

Bom Landtage.

Beim Landtage sind folgende Zusätze eingegangen: Nr. 237. Anfrage des Abg. Bauer (Trichnat.) und Wen.: Welche Schritte hat das Wirtschaftsministerium unternommen, den unhaltbaren Zustand zu befestigen, daß die in Sachsen liegenden Reichsbergwerksämter bei ihren an jährlichen Anhalten übernommenen Prothesierungen die für Sachjen erlassenen Prothesierungsvorschriften nicht einhalten?

größen dürfen, ihre Rundreise auch nach Berlin und anderen Städten des Reiches ausdehnen wird.

Musikabend. (Walter Gieseling und Erika Besserer.) Der Berliner Pianist, der sich in dieser Konzertzeit hier glänzend einsetzte, erschien gestern mit Erika Besserer-Münch als ausgezeichnete Partnerin im Lohenhanssaal nochmals in seiner Eigenschaft als Kammermusikspieler. Die beiden Künstler boten nur zwei Sonaten, aber zwei den Abend reichlich füllende. Den geschicktesten Eindruck erzielte Cyril Scott mit der seinen (op. 59). Wie man sich auch im allgemeinen zu dieser Reutinger-Weiß stellen mag, wenn ein Künstler von dem hohen und echten Kunstwert Gieselings am Flügel sieht, spürt man doch, daß die Kunst des schottischen Komponisten Psychognomie hat. Das Werk hat etwas Nordisches, Orländisches könnte man sagen, und ein tragischer Unterton schwingt in ihm. Schwermütvolles Schöne spricht der allem das Anbante in sinniger Weise aus. Erika Besserer fand dem glänzenden Klavierinterpreten als würdige Partnerin zur Seite. Das andere Werk war eine Sonate des Wiener Komponisten Josef Marx. Gleich im ersten Satz spürt man die leichere Atmosphäre. Marx ist unverkennbarer Lyriker, schwungvolle Linien, überhaupt etwas Schmissiges ist seiner Kunst zu eigen. Er geht also nicht auf tieferen Wirkungen, vielmehr auf ein effektvolles kongliches Bild, dabei aber doch zu sehr in die Breite, um nicht schließlich zu ermüden. Ein Bild, wenn ein Künstler wie Gieseling am Flügel sieht, dessen musikalischer und pianistischer Vortrag so reich ist, daß allein ihm zu lauschen Genug dringt. Doch alles Lob auch seiner Partnerin. O. S.

— (Herbert Jäger.) Der einheimische Pianist Herbert Jäger ist von erstem künstlerischen Strebens erfüllt. Das zeigte so recht die geführte Vortragabend, die ausschließlich der Komposition Mozart's gewidmet war. Es geht klar dazu, daß heute derart für den größten Virtuosen aller Zeiten einzusetzen, wo „alles steht“ und neue

Erstimmungen in unserer Kunst miteinander um die Herrschaft ringen. Die Bezeichnung „Held“ wird aber nicht anders sein, denn die Seele spricht nur Polyphymnia aus.“ Für den im Sturm und Drang lebenden Pianisten bringt die Beschäftigung mit Mozarts Klavierwerken schon aus Stilbildungsgründen große Vorteile. Noch vermag der etwa 20jährige Herbert Jäger nicht die ganzen Anforderungen, die beispielsweise in der A-dur-Sonate freiden leicht und leicht zur Ausdeutung zu bringen. Manchmal wird überhohet oder verwirrt. Ich wünsche ihm, er höre einmal den Geschwindmarsch „Alta Lucia“ in der feinsinnigen Instrumentation von Herbeck, um zu wissen, wie dieser Teil gespielt werden muß. Vielleicht hat es nur einen neueren Interpreten gegeben, der die Variationen-Sonate in vorbildlicher Weise nachzuschaffen vermochte: Karl Reinecke! Besser gelang Jäger die C-moll-Phantasie, die von Hoffmann, Rämpfen, Bewitterstimmung usw. zu sagen weiß, was mehr Beethovenische Art ist. Unnahmt wurden diese beiden Werke von zwei C-dur-Phantasien, kongelästigten und leichteren Schöpfungen, die dem Pianisten dankbare Aufgaben stellen. Die keine Jüdischkeit im Künstlerhanssaal war in beifallsstündiger Stimmung. Sie fand auch an der zugegebenen Etappe des schlichten Musikabends wohlgefallen. Ein gutes Zeichen! H. W.

Konzert. Die Reihe der Volkshauskonzerte abende wurde gestern mit einem Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Kurt Striegler und unter Mitwirkung Rudolf Schmalnauers von der Staatsoper geschlossen. Es war erfreulich, daß die Besucher der Volkshauskonzerte auch einmal mit einer Schöpfung des österreichischen Meisters Anton Bruckner und zwar mit seiner Symphonie Nr. 3 (D-moll) bekannt gemacht wurden. Dieses Werk erschließt das ganze Wesen Bruckners. Im ersten Maß bewegten Teil der Symphonie lernt man seine gewaltvolle Tiefe, seine so außerordentliche

farbentreiche Instrumentation und zugleich sein langes Verweilen in der glückselig gefundenen Stimmung kennen. Im Adagio selbst der Wechsel eines wunderbaren Hauptthemas mit einer Reihe geistvoller Einfälle. Herrlich durch ihren starken Aufba und durch ihre erquickenden Leitmelodien sind das Scherzo und das Allegro. Kurt Striegler bediente durch seine verständnisvolle Leitung alle Schönheiten des Werkes aus. Mit großem Interesse nahm man das Bruchstück aus Kurt Striegler's Oper „Der Thomaskantor“ (Text von F. A. Wepler) auf. Hier wies sich Kurt Striegler als Beherrscher der Instrumentationstechnik und als ein Schöpfer höchst eigenartiger von einem starken Gefühl getragener musikalischer Gedanken aus. Als großartige Leistung ist besonders der ausklingende machtvolle Satz anzusehen, der sich auf Bach's Melodie „Mein gläubiges Herz“ aufbaut. Den Geklangstext, einen gemütvollen Romanol des Thomaskantors Johann Sebastian Bach, brachte Rudolf Schmalnauer, der vorher schon die Jüdischer durch die vorzügliche Wiedergabe des Händelsches aus Jan Brandt-Buchs „Die Schneider von Schönau“ erfreut hatte, mit seinem schönen warmen Bariton zu voller Wirkung. Man fühlte sich zu der Frage gezwungen, warum hat man Kurt Striegler's Oper noch nicht im Semper-Theater in ihrem vollen Umfang kennen gelernt? Den Beschluß bildete Kurt Striegler's eindrucksvolles Orchester „1914“. Reicher Beifall wurde dem Komponisten, dem Solisten und dem Orchester zuteil.

Für die bevorstehende Hollandreise der Kruglerer und musikalische Aufführungen in Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, dem Haag, Leyden, Arnhem, Deventer, Zeist und Amersfoort vorgesehen. Im Haag findet ein Bachkantaten-Konzert unter Mitwirkung des Königl. Residenzorchesters statt. Für die Heimreise hat die Musikgesellschaft in Gießen zu einem Kruglerer-Konzert eingeladen. Dasselbe soll im großen Saale des Städtischen Saalbauers stattfinden. Die Vorträge der Aufführungen kommen dem Nie-

berländischen Zentralkomitee für Ferienkinder aus Deutschland zugute, das diese Reise bekanntlich veranstaltet hat; die Rückreise der Sänger erfolgt Sonntag abend.

* Galerie Ernst Arnold. Frühjahrsausstellung: Gemälde von Erich Hoffmann (Sammlung), ferner Oskar Woll, Erich Wedel, Emil Kolbe, Max Peckstein, Otto Mueller, G. Kuehl, L. v. Hofmann, R. Liebermann, W. Trübner, L. Corinth und andere. Plastik von B. Lehmann, A. Gaul, G. Kolbe, E. Barlach, R. W. Biber, B. Hoetner und andere. Holzskulpturen von Erich Buchwald-Jimmwald. Täglich geöffnet von 9 bis 6. Sonnabends 9 bis 2 Uhr. Sonntag bleibt die Ausstellung jetzt geschlossen.

* Aus Helsingfors wird uns gemeldet: In der Staatsoper Helsingfors fand Wagner's „Tilman“ vor einem internationalen Publikum unter Wilfords Leitung mit der Gura-Gummel als Isolde und Lufmann als Tristan begeisterte Aufnahme.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilung des Residenztheaters. Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr zu erwähltem Preisen „Mit-Heidelberg“. In der Rolle des Karl-Georg wird Hans Kalben, ein früheres Mitglied des Theaters, gastieren. Am 1. Mai täglich abends 7 Uhr: „Wie ein K in Rai“. Schauspiel von Wini Grabig. Es wird darauf hingewiesen, daß die Toiletten in der Rode-schau im vierten Bild aus dem Atelier Klingert, Roschindstraße 18, kommen. Donnerstag, den 5. Mai (Himmelfahrt), nachmittags 3 Uhr wird nochmals „Die Fiedermans“ aufgeführt. Als Adele wird Wini Grabig und als Dr. Halle Hans Kalben gastieren.

* Morgen, Sonnabend, 1/2 Uhr im Reinen Kaufmannshaus: Chopin - Abend von Helene Reuats-Pang (Klavier). — Ferner: Zum Festen des Sächsischen Kruppelheims Wohltätigkeits-Konzert, veranstaltet von den Professoren Bachmann (Klavier), Böttich (Violine), Georg Wille (Viola), 1/2 Uhr, Logenhaus. (Meiste Konzertschriften auf Seite 4.)

Amtlicher Teil.

Berordnung des Gesamtministeriums vom 26. April 1921

Über die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter durch Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staats und der Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Das Reichsministerium hat für die Befreiung von Beamten, Angestellten und Arbeitern vom Dienste bezugs Übernahme öffentlicher Ehrenämter folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Beamte und Angehörige der Wehrmacht bedürfen zur Ausübung ihrer Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags keines Urlaubs (Artikel 39 Reichsverfassung).

Zu den Beamten des Abt. 1 zählen die Beamten aller öffentlichen Körperschaften.

Die Ausübung der Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags wird stets angenommen für die Zeit der Tagung und einer kurzfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags.

Während der Zeit einer langfristigen Vertagung liegt eine Ausübung der Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags dann vor, wenn der Abgeordnete sich einer Tätigkeit unterzieht, die mit seinem Amt in engstem Zusammenhange steht, z. B. der Teilnahme an den Sitzungen eines Ausschusses, dem er als Mitglied nicht angehört, Teilnahme an Fraktionsführungen, Teilnahme an Wählerversammlungen, um dort Rechenschaft abzulegen und ähnliches. Eine Vertagung ist kurzfristig, wenn sie nicht länger als 14 Werktage dauert; bei längerer Dauer ist sie langfristige.

Will ein Beamten-Abgeordneter während einer langfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags sein Abgeordnetentum in vorstehendem Sinne ausüben, so hat er seinem Dienstvorgesetzten rechtzeitig hiervon Anzeige zu erstatten und hierbei darzulegen, inwiefern eine Ausübung seiner Obliegenheiten als Abgeordneter vorliegt.

Für die Zeit, in der der Beamten-Abgeordnete eines Urlaubs nicht bedarf, erhält er seine persönlichen Dienstbezüge ohne Abzug weiter. Bei Beurlaubung ist das jeweils geltende Recht anzuwenden. Eine Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf das Dienstverdienst findet nicht statt.

2. Zur Wahrnehmung aller anderen öffentlichen Ehrenämter, d. h. Ehrenämter in öffentlichen Körperschaften, bedürfen Beamte und Angehörige der Wehrmacht eines Urlaubs, sofern die Ausübung des Ehrenamts mit ihren Dienstverpflichtungen zeitlich zusammenfällt. Urlaubsgesuche sollen wohlwollend behandelt und dürfen nur dann abgelehnt werden, wenn der Dienstbetrieb dadurch erheblich geschädigt würde.

Günstlich des Dienstverdienstes gilt Ziffer 1 letzter Absatz.

3. Für Angestellte und Arbeiter ist ein Unterschied zwischen Reichs- und Landtagsmandat einerseits und anderen öffentlichen Ehrenämtern andererseits nicht zu machen. Es gelten die Bestimmungen in Ziffer 2 Abs. 1 (Artikel 160 Reichsverfassung).

Tritt ein im Dienst einer öffentlichen Körperschaft beschäftigter Angestellter oder Arbeiter bezugs Übernahme eines öffentlichen Ehrenamts aus dem Dienst aus, so ist ihm auf Wunsch die Wiedereinstellung nach Beendigung des Ehrenamts in Aussicht zu stellen.

Hinsichtlich der Lohnzahlung verbleibt es bei dem geltenden Recht (Artikel 160 Reichsverfassung, § 616 BGB, 133 a Abs. 2 Gew. D.).

Nach diesen Richtlinien ist auch in Sachsen zu verfahren. 982 Dresden, 25. April 1921. Des Gesamtministeriums.

Weitere Berordnung über die Unterstufungsfälle an die Erwerbslosen.

Alle bisher gültigen Erwerbslosenunterstützungsgesetze und Familiensatzgesetze gelten nach einem Erlassen des Reichsarbeitsministeriums vom 28. April 1921 - I. C. 560/21 - weiter bis zum 31. Juni 1921. 980 Dresden, 29. April 1921. Reichsministerium.

Weitere Verlängerung der Einkommensteuerklärung-Frist.

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuerklärung ist vom Herrn Reichsminister der Finanzen mit 15. Mai 1921 verlängert worden. Dresden und Leipzig, 29. April 1921. 975 Die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses

Freitag, den 13. Mai 1920, vorm. 10 Uhr im Sitzungssaal der Kreisverwaltung auf der Cretenburg. 342 III 972 Rausen, 26. April 1921. Der Kreisoberhauptmann.

Der Stadtrat zu Dresden hat zur Vertagung und Kanalisierung des Rembrandtgraben, des Ralischgraben und des Ralischgraben im Stadtteil Strößen um Urlaubsbereitstellung nach § 23 in Verbindung mit § 155 Abs. 6 des Wassergesetzes nachgelacht.

Gemäß § 33 des Wassergesetzes wird dieser Antrag, der nebst den Zeichnungen und Erläuterungen hier an Amtsstelle eingesehen werden kann, mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwände gegen die begeherte Benutzung binnen 2 Wochen anzubringen.

Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung. Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen. 976 Dresden, den 27. April 1921. 312a VI Die Kreisoberhauptmannschaft als Wasseramt.

Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

Ministerium des Innern.

Der Regierungsrat Dr. Wipfke bei der Amtshauptmannschaft Annaberg ist zum Amtshauptmann und Vorstand der Amtshauptmannschaft Marienberg ernannt worden.

Befördert: Regierungsgewerberat Dr. Reichardt bei der Kreisf. Baugen zum Oberregierungsgewerberat; die Regierungskassisten Möbius bei der Kreisf. Leipzig und Häckert bei der Kreisf. Chemnitz zu Regierungsräten. - Versetzt: die Regierungsräte Dr. Simon von der Kreisf. Dresden-K. zum Landesamt für Kriegesfürsorge, Dr. v. Haase von der Kreisf. Großenhain zum Amtsh. Dresden-Neustadt, Dr. Reizdorf vom Polizeipräsidium zu Dresden zum Amtsh. Großenhain und Schulze von der Kreisf. Dresden-Neustadt zum Polizeipräsidium zu Dresden; Regierungskassierer Dr. Hempel von der Kreisf. Köchitz als Legationssekretär und Hilfsarbeiter zur Gesandtschaft in Berlin.

Die Erd- und Mauerarbeiten für die Erbauung des Kreuzgangs und Überholungsgleises auf Bahnh. Eharfenstein (etwa 1000 cbm Erdbewegung, 2000 cbm Mauerherstellung einschl. kleiner Nebearbeiten) sollen vergeben werden.

Je ein Preislistenordruck wird, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung von 15,00 M. vom unterzeichneten Amte abgegeben; dort liegen auch Zeichnungen und Bedingungen zur Einsichtnahme aus und werden alle weiteren Auskünfte erteilt. Zuschlagsfrist vier Wochen. Vollständige Angebote haben porto- und befreit zu sein und versiegt bis zur Eröffnung am 30. Mai 1921 nachm. 3 Uhr vorzuliegen. 949

Eisenbahnbauamt Annaberg, Erzgeb.

Auf dem die Firma Carl Kaefer & Sohn in Annaberg betreffenden Blatt 482 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden, dass Carl Kaefer aus der Gesellschaft ausgeschieden und diese damit aufgelöst ist. Der jetzige Inhaber Paul Carl Theodor Martin Kaefer führt das Geschäft unter unbedingter Firma weiter. 956 Amtsgericht Annaberg, den 26. April 1921.

Auf Blatt 454 des hiesigen Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Paul Kallmann und Silberwarenfabrik Kam & Tenzer mit dem Sitz in Weidenau und als deren Geschäftsführer der Privatmann Andreas Sebastian Kam in Weidenau und der Betriebsleiter Josef Tenzer in Rons bei Görlitz eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 25. April 1921 begonnen. Amtsgericht Bischofswerda, am 27. April 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf dem für die Firma Günther & Hartmann in Rostschappel bestehenden Blatte 522: Die Handelsniederlassung ist nach Dolna (Amtsgerichtsbezirk Pirmasens) verlegt worden. Die Prokura des Kaufmanns Emil Arthur Philipp in Dresden ist erloschen; 2. auf dem für die Firma Deutsche Holzschiffbau- und Holzwarenfabrik H. & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Döhlen, bestehenden Blatte 264: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 27. März 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage abberufen worden. 968 Amtsgericht Döhlen, den 23. April 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 11666, betr. die Aktiengesellschaft Holzfabrik Riederbach, Aktiengesellschaft in Riederbach: Der Gesellschaftsvertrag vom 6. März 1908 ist in § 11 durch Beschluss der Generalversammlung vom 8. April 1921 laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage abberufen worden; 2. auf Blatt 15719, betr. die Gesellschaft Gebrüder Schmeier Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Prokura des Kaufmanns Martin Pöcher ist erloschen; 3. auf Blatt 15265, betr. die Gesellschaft Dresdner Zigarettenfabrik-Konzern, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Kaufmann Arthur Woch ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmannsintwe Hedwig Reis Woch geb. Hesel in Dresden; 4. auf Blatt 13124, betr. die Gesellschaft Union-Gesellschaft für Gesundheitsmittel mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen; 5. auf Blatt 16401: Die offene Handelsgesellschaft Caloritz, Dr. Freund & Co. mit dem Sitz in Dresden. Gesellschafter sind der Diplomingenieur Dr. Karl Richard Freund in Dresden und der Chemiker Edward Kunig in Dresden-Blasewitz. Die Gesellschaft hat am 26. Februar 1921 begonnen. (Geschäftsgegenstand: Betrieb von Gummi- und Kautschukfabriken, sowie technischen Bedarfsartikeln, Röhrenherstellung Str. 15); 6. auf Blatt 16402: Die offene Handelsgesellschaft Wagners & Sohn mit dem Sitz in Dresden. Gesellschafter sind der Holzproduktionshändler Friedrich Ernst Wagners und der Kaufmann Hermann Konrad Franz Wagners, beide in Dresden. Die Gesellschaft hat am 1. April 1921 begonnen. (Geschäftsgegenstand: Handel mit Holzprodukten, Alsenstraße 23); 7. auf Blatt 15109, betr. die Kommanditgesellschaft Richard Simmermann & Co., Kommanditgesellschaft in Dresden: Zwei Kommanditisten sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. In die Gesellschaft

sind eingetreten der Rechtsanwalt Dr. Alfred Karl Hugo Heyne in Dresden als persönlich haftender Gesellschafter und eine Kommanditistin; 8. auf Blatt 13728, betr. die offene Handelsgesellschaft Sellmann Compagnie vorm. Rudolf Sellmann & Co. in Dresden: Der Gesellschafter Otto Wagners ist aus der Gesellschaft ausgeschieden; 9. auf Blatt 12013, betr. die Kommanditgesellschaft H. Wolfram & Co. in Dresden: Der Kommanditist ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Gesellschafter August Hermann Christian Wolfram führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort; 10. auf Blatt 15973, betr. die offene Handelsgesellschaft Sparren-Adolf, Wilsch, Richter & Ziede in Dresden: Dem Gesellschafter Rudolf Ziede ist durch einstweilige Verfügung der 12. Kammer für Handelsachen des Landgerichts Dresden vom 12. April 1921 - 12 H R 8/21 Nr. 1 - die Vertretungsbefugnis der Gesellschaft entzogen worden; 11. auf Blatt 10611, betr. die Firma Wilhelm Hall & Co. in Dresden: Der Inhaber Leopold Ciplatta ist gestorben. Der Kaufmann Erhard Viktor Ciplatta in Dresden ist Inhaber. Die ihm etzliche Prokura ist erloschen; 12. auf Blatt 3989, betr. die Firma Victor Köhling in Dresden: Der Inhaber Max Albin Victor Köhling ist gestorben. Das Handelsgeschäft und die Firma haben erworben die Geschäftsführerin Johanna Minna Charlotte led. Köhling und die Hausfrau Susanne Köhling, beide in Dresden. Die zwischen ihnen begründete offene Handelsgesellschaft hat am 15. August 1920 begonnen. Die Geschäftsführerin Susanne Köhling ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. (Geschäftsraum: Wintergärtenstr. 7.) 950 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 27. April 1921.

Auf Blatt 16403 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft „Bilg-Film-Betrieb“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. April 1921 erloschen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Herstellung und der Vertrieb von Filmen jeder Art. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer allein vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Rudolf Probst in Dresden.

Es wird noch bekannt gegeben, dass die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ erfolgen. (Geschäftsraum: Wilmbergstr. 27.) 951 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 27. April 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 15027, betr. die Gesellschaft Patent-Instrumenten-Fabrikation-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 3. Juli 1920 auf einhunderttausend Mark erhöht worden. Der Kaufmann Hans Hahnfeld ist nicht mehr Geschäftsführer; 2. auf Blatt 16319, betr. die Gesellschaft Holzhandlung Drehschiff Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Paul Alwin Rodas in Dresden. 981 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 28. April 1921.

Auf Blatt 441 des Handelsregisters, die Firma Heinrich Schneider in Freiberg betr., ist heute eingetragen worden: Marie Helmine v. Schneider geb. Liebetrau in Freiberg ist ausgeschieden. Inhaber ist der Kaufmann Kurt Paul Lange in Freiberg. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe der Gesellschaft begründeten Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaber; es gehen auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über. Die Firma lautet künftig: Kurt Lange vorm. Heinrich Schneider, ihr Sitz ist Freiberg. 958 Amtsgericht Freiberg, am 28. April 1921.

Auf Blatt 92 des Handelsregisters, betr. die Firma Heinrich Jordan in Oberretzbach, Zweigniederlassung des in Berlin unter gleicher Firma bestehenden Hauptgeschäfts, ist heute eingetragen worden: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben worden. 977 Amtsgericht Herrnhut, den 25. April 1921.

Auf Blatt 45 des Handelsregisters, die Firma Hugo Heich in Gütten betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Vizevorsteher Johannes Paul Schottes in Gütten. Er darf die Firma nur gemeinschaftlich mit einem der anderen Prokuristen vertreten. 969 Amtsgericht Königstein, den 27. April 1921.

Auf Blatt 20033 des Handelsregisters ist heute die Firma Wirtschaftlicher Schuhverband, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Spiegelgasse 2) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. April 1921 abgeschlossen und am 25. April 1921 abberufen worden. Gegenstand des Unternehmens ist 1. Schuh- und Bekleidungsvertrieb für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene durch kostenlose Beratung und Vertretung, 2. Wirtschaftliche Hilfe durch Beschaffung preiswerter Lebens- und Futtermittel sowie aller Bedarfsartikel, 3. Versicherungsschutz gegen Schaden und Verlust und sonstige Nachteile. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Auch soll dritten Personen oder Firmen gegen Zahlung eines jährlichen Betrages die Mitgliedschaft ohne Stimmrecht zugänglich gemacht werden, auf Grund bestimmter zugänglicher Bedingungen. Das Stammkapital beträgt einhunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Einzelzeichnung durch Geschäftsführer oder Prokuristen ist zulässig, wenn durch Gesellschaftsbeschluss mit Genehmigung des Obmanns Berechtigung erteilt worden ist. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Ernst Römer und Kurt Schneider, beide in Leipzig. Sie haben das Recht der Einzelvertretung.

Auf dem Gesellschaftsprotokoll wird noch bekannt gegeben: Die Gesellschafter, Kaufleute Ernst Römer und Kurt Schneider, beide in Leipzig, leisten ihre Stammeinlagen in der Weise, dass sie das ihnen gemeinschaftlich gehörende, bisher unter der nicht handelsgerichtlich eingetragenen Firma „Einheitszentrale für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig“ in Leipzig betriebene Geschäft mit allen Aktiven und Passiven in die Gesellschaft einbringen. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf 50 000 M. festgesetzt worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 954 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 26. April 1921.

Auf Blatt 20034 des Handelsregisters ist heute die Firma Storms Rundbuch Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Waldstraße 3) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. März 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Verlag von Storms Rundbuch in seinen vier verschiedenen Ausgaben, sowie die Herausgabe von Katalogbüchern und allen anderen Verlagswerten für Weisse und Weisse, wie überhaupt der Betrieb buchhändlerischer und buchgewerblicher Unternehmungen und die Beteiligung an solchen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung des Aufsichtsrats und, sofern ein solcher nicht besteht, der Gesellschafterversammlung, auch dem Betriebe aller anderen Handelsgeschäfte zu widmen. Mit Zustimmung eines dieser Organe darf sie auch Zweigniederlassungen errichten und sich in irgendeiner Form an anderen Unternehmungen beteiligen und zu beliebigen Zwecken Grundbesitz erwerben. Das Stammkapital beträgt eine Million fünfzehnhunderttausend Mark. Alle die Gesellschaft verpflichtenden Erklärungen müssen a) wenn ein Geschäftsführer vorhanden ist, von diesem oder von zwei Prokuristen, b) wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, entweder von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen abgegeben werden. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Verlagsleiter Otto Richter und der Kommissionsrat Robert Straetmann, beide in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsanzeiger durch die hierfür zuständigen Organe in derjenigen Form, welche für Urkunden und Erklärungen dieser Organe vorgeschrieben ist. 955 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 26. April 1921.

Auf Blatt 4 des hiesigen Reichsgenossenschaftsregisters, den Konsumverein für Wägen St. Michaels und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Wägen St. Michaels betr., ist heute eingetragen worden, dass das Statut vom 15. Februar 1913 durch Generalversammlungsbeschluss vom 6. Februar 1921 in § 4 hinsichtlich der Zahl der Vorstandsmitglieder abgeändert worden und dass Arno Hämmig in Wägen St. Michaels aus dem Vorstände ausgeschieden ist. 959 Amtsgericht Eichtenstein-Gallenberg, 25. April 1921.

Auf dem Blatte der Firma Gebr. Müller in Lössau, Nr. 237 des Handelsregisters für den Stadtbezirk, ist heute eingetragen worden: Das bisherige Handelsgeschäft ist von der Mechanischen Weberei Baugen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baugen, die ihren Sitz nach Lössau verlegt hat, erworben worden. Die Firma der letzteren ist abberufen worden und lautet künftig: Gebr. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Oktober 1896 abgeschlossen und durch Beschluss der Gesellschafter vom 20. März 1906 sowie vom 7. und 20. April 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesen Tagen abberufen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Spinnerei, Weberei, Färberei, Druckerei und Ausrüstung. Das Stammkapital beträgt achtzehntausend Mark. Die bisherigen Gesellschafter sind ausgeschieden. Es sind bestellt der Fabrikbesitzer Rudolf Fritz Müller in Lössau zum Geschäftsführer und der Kaufmann Gerhard Alfred Müller daselbst zum stellvertretenden Geschäftsführer. Zur Vertretung der Gesellschaft sind 1. der Geschäftsführer allein, oder 2. ein stellvertretender Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen, oder 3. zwei Prokuristen gemeinschaftlich berechtigt. Die Protokolle der Kaufleute Carl Clemens Arthur Schmidt in Lössau und Oswald Rindermann daselbst werden mit der sich aus Vorstehendem ergebenden Beschränkung versehen. 978 Amtsgericht Lössau, den 27. April 1921.

Über das Vermögen des Technikers Hugo Hider in Weidau, alleinigen Inhabers der Firma Sachf. Holzabgewebe-Industrie Hugo Hider ebenda, wird heute am 28. April 1921, vormittags 12 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Justizrat Reinhard in Weiden wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. Mai 1921 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 20. Mai 1921, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 3. Juni 1921, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Der eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner veräußern oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 27. Mai 1921 anzeigen. 961 Das Amtsgericht Weiden.

Im Handelsregister hier wurde heute auf Blatt 866 die Firma Weiskner Gut-Adolf Graf Wilsch in Weiden und als ihr Inhaber der Kaufmann Friedrich Ernst Wilhelm Wilsch in Weiden eingetragen. 960 Weiden, den 26. April 1921. Das Amtsgericht.

Das im Grundbuche für Talna Blatt 684 auf den Namen Ernst Hermann Junge eingetragene Nießgrundbuch, Grundbuchnummer 535, soll am 21. Juni 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Amtsgerichtsstraße 4, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundbuch ist nach dem Grundbuche 8,9 Nr. groß und auf 3560 M. geschätzt. Es liegt im unteren Teile der Stadt Talna unweit der Königstraße und eignet sich als Bau land.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 4. Januar 1921 verkauften Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Befriedigung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem An-

sprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Eintragung des Aufgebots die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Talna, den 22. April 1921.

Auf dem Blatte der Firma Auto-Zentrale u. Reparatur-Werk Junke & Glagow in Plauen, Nr. 35-46 des Handelsregisters, ist heute eingetragen worden, daß dem Autohändler und Monteur Karl Friedrich Glagow in Plauen die Macht zur Vertretung der Firma Auto-Zentrale u. Reparatur-Werk Junke & Glagow durch einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Plauen vom 23. April 1921 entzogen worden ist.

Amtsgericht Plauen, den 28. April 1921.

Auf Blatt 367 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Deutsche Glasfabrik Georg Jange in Oberhohendorf betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Georg Jange. 963

Amtsgericht Pulitzsch, am 1. April 1921.

Auf Blatt 485 des Handelsregisters, die Firma Böhm & Straßer in Rabenberg betr., ist heute eingetragen worden, daß der Automobilhändler Gustav Hermann Straß in Rabenberg als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten ist, und ferner, daß die Firma künftig: Rabenberger Auto-Reparatur u. Instandsetzwerk Böhm & Co. lautet.

Das Amtsgericht Rabenberg, 22. April 1921. 970

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Tonwarenfabrikantin Luise Selba veru. Hölzsch geb. Fischer in Dreßda, Inhaberin der Firma R. Hölzsch, daselbst, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie über die Erhaltung der Auslagen und die Gewährung einer Bewilligung an die Mitglieder des Gläubiger-

der Schlußtermin

auf den 22. Mai 1921, vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden. 965

Amtsgericht Riesa, den 22. April 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 12, die Firma Gustav Engelbrecht hier betr.: Protokoll ist erteilt dem Kaufmann Arno Paul Roth in Juidau;

b) auf Blatt 1929, die Firma Gorge & Jäger hier betr.: Protokoll ist erteilt dem Kaufmann Wolfgang Alfred Weiß in Juidau;

c) auf Blatt 2393, die Firma Simon Körber in Oberhohendorf betr.: Die Firma lautet künftig Simon Körber Nachf. Die Handelsmatrikelnummer ist nach Juidau verlegt worden. Simon Körber ist ausgeschieden. Der Kaufmann Hugo Gies in Juidau ist Inhaber. Er leistet nicht für die in dem Betriebe begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers und es gehen die in dem Betriebe begründeten Forderungen nicht auf ihn über;

d) auf Blatt 2531, die Firma Kurt Gausmann in Röhla betr.: Die Firma ist erloschen. 966

Amtsgericht Juidau, den 23. April 1921.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 29. April.

Unter Leitung des Hrn. Vorsitzes Rißsche hielt das Stadtverordnetenkollegium gestern seine 16. öffentliche Sitzung ab. Zur Vereinfachung der Geschäftsführung beider Rätischer Kollegien hat der Rat beschloffen, die Grenze für die Entschädigungen der gemischten Ausschüsse, der Amtsvorstände und oberen Beamten der Rätischen Betriebe bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadtgemeinde heranzuziehen, sowie die Zuständigkeit der gemischten Ausschüsse, der Vorstände der technischen Geschäftsstellen und der Verwalter der Krankenanstalten bei der Bewilligung aus Haushaltsplanmäßigen Verfügungssummen zu erweitern, endlich dem Vorstand der Sparkasse die bisher dem Sparkassenausschuß zustehende Entschädigung über Abschüsse von Pacht- und Mietverträgen, Erlasse und Gestandungen im erweiterten Umfange zu übertragen. Weiter wurde beschlossen, den Rat zu ersuchen, vor einer Entscheidung über den Unterrichtsbau in den Schulen eine Abkündigung unter der Elternschaft und den Lehrern herbeizuführen. Eine längere Aussprache rief ein Antrag des Stadtverordneten Ruppich hervor, den Rat zu ersuchen, Auskunft über die Gründe zu geben, die ihn veranlaßt haben, Beschwerde bei der Reichsgerichtsstelle darüber zu erheben, daß diese 150 Doppelzimmer an Kellnerfabriken zu viel geliefert und nicht verbrauchtes 65prozentiges Weizenmehl der Einkaufsgemeinschaft der Bäckereien für ihre Mitglieder freigegeben habe. Dem Antragsteller über das Offenhalten der Schauläden an Sonn- und Festtagen wurde zugestimmt. Ferner wurden 400 000 M. zur Ergründung der Wäschedörre in den Frankenhäuser Friedhofstadt, 4 389 450 M. zur Erneuerung mehrerer Gleisstrassen der Straßenbahn und 3 Mill. M. als Anteil der Stadtgemeinde an der Erwerblosenfürsorge bewilligt. Zugestimmt wurde ferner dem Ratsbeschlusse, die jetzt laufenden Heften auf Anschluß von Grundstücken an die Schwemmlanalisation beizubehalten, Gesuche um Genehmigung der Anschlüsse möglichst wohlwollend zu behandeln und bei Ausführung des Anschlusses gewisse Erleichterungen zuzulassen. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

— Von dem seit 1. April laufenden Geschäftsjahre ab werden die Rechnungen für den Gas-, Strom- und Wasserverbrauch, die Strompauschalgeldungen und Zählerleihsgebühren den Abnehmern nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich zugehellt, vom Ableser der Zählerstände sofort ausgereicht und zur Bezahlung vorgelegt. Alle Rechnungsbeträge sind, wenn sie nicht an den Überbringer gegen dessen Quittung sofort bezahlt werden, längstens innerhalb einer Woche nach ihrer Zustellung anschießlich an die Kasse des Stadtkassamtes B, Am See 2, 1, in bar oder durch Schecks oder durch Vermittlung einer Bank, des Postkassamtes oder der Stadtgerichtskasse abzuführen. Schriftliche Mahnungen erfolgen künftig nicht mehr, vielmehr werden bei nicht frömmlicher Bezahlung der Rechnungsbeträge sämtliche Zuleitungen von Gas und Strom abgestellt. Zuvor wird dem Abnehmer durch Belegung qualifizierter Rechnung unter Zuleitung einer Gebühr von 3 M. bei Beträgen bis zu 50 M. und von 6 M. bei höheren Beträgen nochmals Gelegenheit zur Zahlung gegeben. Rückständige Wasserzählergebühren werden nach Ablauf der Zahlungsfrist zwangsweise beigetrieben.

Dem Verein Grimmsbank für die Stadt Dresden sind folgende Spenden überwiesen worden: 5000 M. von Georg A. Jasmann A.-G., 2000 M. von der Dresdner Chromo- und Kunstdruck-Papierfabrik Krause & Baumann A.-G., 2000 M. von der Sächsischen Cartonagen- und Papierfabrik A.-G., 1000 M. von der Rinsola A.-G., 1000 M. von der Dresdner Handweberei A.-G., 1000 M. von der Dresdner Dynamitfabrik, 500 M. von der Vereinigten Kohlen-A.-G., 500 M. von der A.-G. für Glasindustrie vom Friedr. Siemens, 500 M. von der A.-G. für Leder- und Maschinenbau, 300 M. von der Sächsischen Bodenrehabilitations- und 100 M. von der Elektra A.-G.

Borgereisen wurde unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Hrn. Buchdruckereibesitzer Kommissionsrat Geesche die von 13 Arbeitgebern, 47 Beschäftigtenvereinteten und 11 Vorstandsmitgliedern besuchte erste diesjährige öffentliche Waffenschau der Allgemeinen Erbschaftskasse im Verwaltungsgedäude der Kasse abgehalten. Bundschiff

wurde über den vorliegenden Rechnungsabluß auf das Jahr 1920 berichtet. Aus ihm ist folgendes hervorgehoben: In das Geschäftsjahr 1920 wurde ein Kassendebit von 1 360 885,47 M. übernommen. An Beiträgen gingen ein von versicherungspflichtigen Mitgliedern 24 251 674,61 M., von den Arbeitgebern 12 180 317,26 M. und von den versicherungsberechtigten Mitgliedern 3 502 523,07 M., sodas eine Gesamtbeitragsaufnahme von 40 034 514,94 M. erreicht wurde. Über die Ausgaben ist zu berichten, daß für Krankenbehandlung und Geburtshilfe durch approbierte Ärzte 4 562 406,69 M. zu zahlen waren. Die Zahnbehandlung durch approbierte Zahnärzte kostete 808 678,06 M. und für Krankenbehandlung und Geburtshilfe durch andere Heilpersonen, Hebammen usw. waren 31 058,55 M. auszuwenden. Für Arznei- und sonstige Heilmittel aus Apotheken sind 2 704 948,42 M., für sonstige Arznei- und Heilmittel 1 470 693,55 M. ausgegeben worden. Der Aufwand für Krankenpflege betrug 4 074 724,22 M. Ferner wurden gezahlt an Krankengeld 11 322 064,13 M., für Wochen-, Schwangeren- und Stillgeld 2 655 321,50 M., an Hausgeld 315 643,92 M. und an Sterbegeld 524 015,79 M. Die gesamten Unterhaltungsleistungen betrugen 28 469 554,73 M. Der Verwaltungsaufwand bezifferte sich auf 5 614 920,86 M. Einschließlich des vorerwähnten Kassendebits in Höhe von 5 879 000,98 M. gleicht sich am Jahres- schlusse der Rechnungsabluß in Einnahme und Ausgabe mit 42 010 655,53 M. aus. Die gemaltete Steigerung der Jassen ist auf die Erhöhung des Grundlohnes und der Versicherungsgrenze verschiedener Kreise der Versicherten, die seit 10. Mai 1920 in Kraft getreten ist, zurückzuführen. In gleichem Maße, wie die Grundlöhne gestiegen sind, hat sich die Beitragsleistung und auch die Bewältigung der Leistungen gehoben. Der Rechnungsabluß ist in allen seinen Teilen von dem gewählten Rechnungsprüfungsausschuß geprüft worden. Die beantragte Richtigprechung der Jahresrechnung und Entlastung der Verwaltung wurde vom Vorstand einstimmig beschlossen. Der Ausschuss beschloß sich sodann mit dem 11. Ratstag zur Dienstreue, der die Befolgung und Eingruppierung der Angestellten nach dem sächsischen Beschuldungsgefeß vorzieht und genehmigte die Vorlage. Unter allgemeinen Kassenaussagen wurden u. a. die Wirkungen der kürzlich erfolgten Steuererhöhungen in die Stadtgemeinde Dresden auf die Allgemeine Ortskrankenkasse beleuchtet, aber die noch im Laufe dieses Jahres vorzunehmenden Reformen zum Ausschuss berichtet und auf den Besuch der Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose hingewiesen.

Die bestimmungsgemäß am 1. März 1921 eingehenden, von der Sparkasse der Stadt Dresden ausgegebenen Kriegsanleihe-Anteilscheine und Kriegssparparten werden auf Wunsch schon jetzt bei sämtlichen Sparkassenstellen eingelöst, und zwar die Anteilscheine zum Kurswert der Kriegsanleihe und die Kriegssparparten zum Nennwert.

Zum Schlußbericht in der Metallindustrie liegt jetzt auch den Angestelltenorganisationen eine längere Begründung des Schlichtungsausschusses vor. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) wird sich zur eingehenden Erörterung in seiner Tagungsperiode stellen, die am Dienstag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Dres“, Pirnaische Str. 21, stattfindet.

Während der gegenwärtigen Tagung für Wohlfahrtspflege findet gleichzeitig in der Kaufmannschaft eine Kassestellung von Literatur über die in Frage kommenden Gebiete statt. Die Kassestellung wird von der Hofbuchhandlung G. Rindsch, Dresden-K., Schloßstr. 32, veranstaltet.

Erkrankte Hausfrauen und Mütter wollen sich um Rat und Hilfe auch bei Wochenbett an den Hauspflegerinnen, Große Plauenische Straße 19 (Wdg.), wenden. Ein Stamm erfahrener Frauen, in der Hauswirtschaft und Krankenpflege tüchtig, steht dem Verein zur Verfügung. Weniger Bemittelten wird Ermäßigung gewährt. Sprechzeit von 11 bis 3 Uhr. Fernruf 26756.

Gelesen wurde in der Nacht vom 27. April in Kleinschloß ein übernes Service (Teelanne, Messer- und Milchländer, Janderose, Tablett), 1 Tpd. große silberne Gabeln, 1 Tpd. kleine silberne Abendrosen-Gabeln, 1 Kuchen-Beckel (Stoff silber, Ringe golden), 1 kleine überne Schale sämtlich gegiebet „M. R.“, 3 Stck silberne Serviettenringe, gegiebet „M. R.“, A. R., „H. R.“, 6 Perfer-Teppiche, türkische Teppiche, je etwa 2 m lang, 1,20—1,40 m breit. Für Wiederherbel-

schaffung der gestohlenen Gegenstände ist ein hohe Belohnung ausgesetzt worden. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Landeskriminals-polizei Dresden, Schichgasse 7, III, oder die nächste Polizeistation erbeten.

Am 28. d. M. gegen 6 Uhr nachmittags wurde in der Leipziger Straße von einem Handwagen eine Kiste mit 30 Pfd. Margarine in Pflanzpaketen gestohlen. Die Kiste sowie die einzelnen Pflanzpakete tragen die Aufschrift „Villa Nr. 6660“. Der Kriminalpolizei Trautz, Hofmühlstraße 14, warnt vor Kauf und bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Die Sächsische Schlichtungsordnung für Kräfte und Jahrgänge vom 9. April 1921 ist soeben erschienen und für 3,50 M. bei H. Burdack, Darmatz & Lehmann, Schloßstr., zu haben.

Sächsische Angelegenheiten.

Montag der ehemaligen 17er Mauen!

Vom 4. bis 6. Juni d. J. findet in der alten Garnison Ostsch ein Regimentstag der ehemaligen 17er Mauen statt. Es sollen Bekehrte des frohen Wiedersehens der alten Kameraden und der Erinnerung an gemeinsam erlebte frohe und ernste Stunden werden. Alles Nähere, Festordnung, Quartiere, usw. betreffend durch Georg Fleischer, Ostsch i. S., Altschloßer Straße 11.

Leipzig. Dem sächsischen Steinkohlenbergbau haben für das Jahr 1920 42 500 000 M. für Sieblungsarbeiten zur Verfügung. Es wurden 618 Wohnungen in Angriff genommen, wovon am 31. Dezember 1920 im ganzen 251 bezogen waren. 307 waren im Rohbau fertig und 60 begonnen worden.

Chemnitz. Die höhere Realschule und Rebererschule wird im laufenden Sommerhalbjahr von 86 Tageschülern und 143 Abend-schülern besucht. Bei Beginn des Sommerhalbjahres wurde Hr. Walter Donath, bisher als Hilfslehrer an der Anstalt tätig, vom Direktor, Hrn. Gewerbedirektor Prof. Gräbner, als ständiger Fachlehrer eingewiesen und verpflichtet.

Juidau. Die Stadtverordneten erhöhen auf ein Gehalt der dortigen Stadtkapelle die Rätische Beihilfe für dieselbe von jährlich 90 000 M. auf 120 000 M. Hierzu kommen noch 80 000 M. das von der Stadtkapelle gestellte Stadtspektorat. Zur Bewahrung unentgeltlicher Vermittel für unentgeltliche Volksschüler bewilligten die Rätischen Kollegien 15 000 M. für das neue Rechnungsjahr. Die Beschlußfassung über einen sozialdemokratischen Antrag, bis Ostern 1923 die vollständige Kernmittelfreiheit in den Rätischen Volksschulen durchzuführen, was jährlich gegen 700 000 M. Kosten verursachen würde, wurde abgelehnt, da eine landesgesetzliche Regelung der Frage zu erwarten steht.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordneten lehnten mit 12 gegen 11 Stimmen die erneut eingebrachte Tanz- und die Grammophonsteuer ab und stimmten mit derselben Mehrheit der erhöhten Grundwertsteuer zu. Bürgermeister Dr. Bach erklärte, infolge des Gehaltstrages von nahezu 1 Mill. M. im Haushaltplan, die Verantwortung für die Finanzgebarung der Stadt ablehnen zu müssen. In jeder Sitzung würden neue Mittel bewilligt, ohne nach der Deckung zu fragen. Von den Kommunisten wurde ihm erwidert, daß diese durch keinerlei Reformen dazu beitragen möchten, den Staatsbankrott aufzuhalten.

Kupferhammer-Ernstthal. Der Streik bei den hiesigen sächsischen Kupfer- und Messingwerken ist nach zehnmonatiger Dauer beendet worden. Die Einstellung der Streikenden und die Wiederaufnahme des Betriebs kann nur nach und nach erfolgen. Bei dem Streik handelte es sich um Lohnfreistellungen, die schließlich nach zehn Wochen zugunsten der Firma entschieden wurden.

29000. Der Begründungsbericht der Amtshauptmannschaft Eibau kamme der Umwandlung des Eibauer Seminars in eine unentgeltliche Lehranstalt (Oberrealschule) zu, an der jedoch auch die Möglichkeit besteht, eine sechsstellige Realschulbildung zu erlangen.

Tageschronik.

Dresden, 28. April. Der Geschäftsjahre der Berliner Reichsbankverwaltungsstelle Rowatta,

der wegen angeblicher Veruntreuungen in Untersuchungshaft genommen worden war, ist gegen Stellung einer Kaution von 500 000 M. aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn wird jedoch weitergeführt.

— Beipredigten zwischen Vertretern des Berliner Magistrats sowie den Angestellten und Arbeitern der Straßenbahn, der Omnibusgesellschaft, der Hoch- und Untergrundbahn hatten das Ergebnis, daß der gesamte Verkehr in Berlin am 1. Mai ruhen soll und die Feiernden von der Bezahlung des Tages absehen wollen. Eine Änderung im Verkehr der Eisenbahnverwaltung ist, wie die Blätter hören, nicht beabsichtigt.

— Gestern abend gegen 6 Uhr ereignete sich bei Manssee am Weiten Horn auf der Insel ein jäheres Unglück, bei dem 2 Personen ertranken. Der Bootbesitzer Wolf, der mit einem Herrn und einer Dame eine Segeltour unternommen hatte, wurde von einer schweren Gewitterwolke überrascht. Das Boot kenterte, sodas alle drei Personen in das wildbewegte Wasser fielen. Dem herbeigeeilten Fährmeister Blanfenburg, der bereits an 20 Personen das Leben gerettet hat, gelang es, den mit den Wellen kämpfenden Bootbesitzer zu retten, während die beiden Mitfahrer bereits untergegangen waren.

Chemnitz, 28. April. Am 4. Mai d. J. zieht sich zum 400. Male der Vaterlandskrieg auf der Wartburg. Die Wartburgstadt betrachtet es als eine Ehrenpflicht, dieses weltberühmten Ereignisses in einer der Bedeutendsten des Tages entsprechenden Weise zu gedenken. In seiner letzten Sitzung beschloß sich der Gemeinderat mit dem Festprogramm der Jahrsfeier und bewilligte zu dessen Ausführung 40 000 M.

Brandenburg, 28. April. In der Pulverheide ist ein großer Waldbrand ausgebrochen, der bereits 12 000 ha Waldbestand vernichtet hat. Auch ein Teil des angrenzenden Brandenburger Tomjaches steht in Flammen. Sämtliche Feuerwehren der Umgegend und die Brandenburger Schwadron des Reiterregiments 3 versuchen die Feuer zu löschen, das vermutlich durch Funkenflug eines Dampfzuges entzündet ist.

Dresden. Seit gestern mittag sehen in der Mühlenauer Heide große Waldbrände in Flammen. Die Dresdener Polizei und Reichswehrtuppen versuchen den Brand zu löschen. Der bisher angeordnete Schaden beträgt bereits viele Millionen Mark.

Janer, 28. April. Der Stellmacher Paul Bahn schlug seiner Ehefrau und seiner 16 Jahre alten Tochter mit einem Infanteriefeintengewehr die Schädeldede ein und versuchte sich hierauf mit Gas zu vergiften. Gasmischafter konnten ihn ins Leben zurückrufen. Bahn soll geistesgestört sein.

Chemnitz, 28. April. Der Hartmannweitzkopf ist unlängst als sächsischer Denkmals erklärt worden. Er ist Staatsigentum. Der Fremdenverkehrstrom aus aller Herren Länder zu dieser Vogelinsel, auf der 60 000 Soldaten verblüht sind, nimmt tagtäglich zu. Aber über die Spitze der Insel will — und das will schließlich jeder — nicht sich erst über ein warmes Gewirt von Weid, Äpfeln, Trauben, Kirschen, gepickten Geflügeln durcharbeiten, da man in den zwei Friedhöfen noch keine Zeit und, auch nur einen simplen Pfad herzuhalten.

Kupferhammer, 28. April. Der höchste Gerichtshof sprach heute den praktischen Arzt Dr. Rordetopf, der vor einem Jahre wegen verdächtigem ihm nachgewiesener Verdrehen zu einer Zuchthausstrafe und auf Grund eines Indizienbeweises wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt worden war, wegen mangelhafter Beweise von der Anklage des Mordes frei, verurteilte ihn jedoch wegen Abtreibung, Brandstiftung, Betrug, Sprengung und Raub in verschiedenen Fällen zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Christiania, 28. April. Eine außerordentliche Höhenmetrie geht über Nordeuropa. Gestern wurde in Christiania eine Temperatur von 24 Grad Celsius beobachtet. Das ist nur 1 Grad wärmer als die höchste Sommertemperatur. Die Stadtleute lächeln in die kühlen Berge hinaus.

Romano, 28. April. Gestern nachmittag brach hier eine große Feuerbrunst aus, die etwa 30 Häuser gänzlich zerstörte. In 300 Familien sind obdachlos. Der Schaden ist noch nicht festgestellt. Drei Menschen sind ums Leben gekommen.

178. Sächs. Landeslotterie.

Gewinn der 1. Klasse.

20. Ziehungstag, Donnerstag, den 28. April 1921.

(Nachstehend werden die Gewinner der Klassen 1 bis 100000 genannt.)

Table listing lottery winners for classes 1 to 100000, including names and addresses.

Table listing lottery winners for classes 100000 to 1000000, including names and addresses.

Table listing lottery winners for classes 1000000 to 10000000, including names and addresses.

Table listing lottery winners for classes 10000000 to 100000000, including names and addresses.

Dresdner Börse, 28. April 1921.

Table of stock market prices for various companies and bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds.

Die den einzelnen Wertpapieren vorliegenden Briefe bezeichnen die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentfüße der letzten Dividenden.

1. Blatt

Volkswirtschaftliches.

Kuh der Tätigkeit der Handelskammer zu Dresden.

Der im Oktober d. J. in Genf tagende Kongress des Internationalen Arbeitsamts des Rotterdams beabsichtigt, die Herstellung und Verarbeitung von Bleifarben gänzlich zu verbieten. Wegen der darin drohenden schweren Schädigung nicht nur der Bleifarbenindustrie selbst, sondern auch aller derjenigen Industrien, die zur Fertigstellung ihrer Erzeugnisse Bleifarben verwenden müssen, wie z. B. die Glas-, Porzellan- und Lackindustrie, sowie das Druckerzeugnis, ersuchte die Kammer das Ministerium, gegen das geplante Verbot vorstellig zu werden. — Der Außenhandelsstelle für Rohholz in Berlin wurde berichtet, daß die Ausfuhr größerer Brennholzmassen nicht befürwortet werden kann, da sonst der so notwendige Abbau der Brennholzpreise zum Schaden der Verbraucher nur aufgehalten würde. — Bei der Oberpostdirektion wurden Vorstellungen gegen die neuerdings wieder bemerzten großen Verzögerungen bei der Austragung der Frachtpost in Dresden erhoben. — Auf eine Beschwerde der Kammer hat die Oberpostdirektion mitgeteilt, daß neue Verträge über das Einlegen von Reklamendruckeisen in die Postschubriefe nicht mehr abgeschlossen werden. — Die Dezentralisation des Reichswirtschaftsgerichtes durch Errichtung von auswärtigen Senaten konnte nicht befürwortet werden. — Gegenüber der fast völligen Ablehnung der

Verpflichtung für die eingebrachten Sachen, der Güte durch die Gestalt forderte die Kammer, daß der Gastwirt eine Haftpflicht für eingebrachte Sachen in Höhe von mindestens 5000 M. übernehmen und außerdem dem Reisenden Gelegenheit gebe, im Gasthofe selbst gegen Entrichtung einer entsprechenden Prämie auch eine höhere Versicherung einzugehen. — Zu einem sächsischen Gesetzentwurf, der die Sonntagsruhe in der Landwirtschaft und in den Bedürfnisgewerben betraf, berichtete die Kammer, daß der Entwurf für die von ihr vertretenen Kreise ohne Bedeutung sei, im übrigen aber besser einheitlich durch das Reich erlassen werde. — Gegen die Bestrebungen verschiedener Gemeinden, eine Erhöhung der gemeindlichen Biersteuer durchzuführen, erhob die Kammer entschiedenen Einspruch. — Schließlich berichtete die Kammer dem Wirtschaftsministerium, daß sie eine Reichsverbandsprüfung an Stelle der bisherigen Kommissionsprüfungen für Einjährige ablehne, im übrigen aber die Aufrechterhaltung der bisherigen Rechte der Privatschulen befürworte.

Berlin, 28. April. Der Jahresabschluss der Bergmann-Elektrizitäts-Werke A.-G. weist einen Bruttogewinn von 45 155 951 M. auf. Hiervon erfordern die allgemeinen Unkosten uvm. 26 759 256 M. und die Abschreibungen 4 828 323 M., so daß ein Gewinn von 13 568 371 M. verbleibt. Der Aufsichtsrat beschloß, 500 000 M. der Bilanzjahresverteilung für Beamte und Arbeiter zuzuwenden, 13 % Gewinnanteil vorzuschlagen und 1 068 371 M.

auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner soll die Hauptversammlung über die Erhöhung des Grundkapitals um 20 auf 100 Mill. M. beschließen. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zu 150 % im Verhältnis von 4 : 1 zum Bezugs angeboten werden. Die Verwaltung teilt mit, daß der in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres erreichte Umsatz dem Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres entspricht. Nach den eingegangenen Aufträgen hat die Gesellschaft noch für längere Zeit ausreichende Beschäftigung.

Berlin, 28. April. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin und Karlsruhe schlugen die Verteilung eines Gewinnanteils von 30 % wie im Vorjahre vor. Die Generalversammlung findet am 26. u. 27. Mai.

Wöchentliche Berliner Kurse vom 28. April. 5 % Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4 % Deutsche Reichsanleihe 68,60, 3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe 63,90, 3 % Deutsche Reichsanleihe 70,00, 3 % Sächsische Rente 56,25, Hamburger Hafenaktien 177,00, Danziger Dampfstraßenbahn 303,00, Norddeutscher Lloyd 148,00, Vereinigte Glaswerke 277,00, Bank für Brauindustrie 170,50, Deutsche Bank 292,50, Diskonto Kommandit 247,50, Dresdener Bank 212,00, Leipziger Kreditanstalt 192,25, Deutsche Bierbrauerei 213,00, Badische Anilin 521,00, Bergmann Elektrizität 320,75, Bismarckhütte —, Bochumer Gußstahl 439 1/2, Carlswerke 375,00, Chem. Werke 411,75, Chemnitz Zimmernann 204,50, Daimler Motoren 194,50, Deutsch-Luzemb. 304,50, Deutsche Erdöl 885,00, Deutsche Gußstahlwerke 376,00, Deutsche Ton- u. Stein

329,00, Deutsche Waffen 574,50, Donnerwerkmühle 615,00, Dresdener Maschinen 368,00, Ueberfelder Maschinen 448,00, Westfälischen Bergwerk 321,50, Z. Wolfsmühl 690,00, Wölfler Maschinen 806,00, Wölfler Waggonfabrik 410,00, Wörner Bergwerk 446,50, Carlmann Maschinen 363,00, Wölfler Eisenwerk 260,00, Wölfler Maschinen 435,00, H. H. & Co. 231,00, Wölfler Maschinen 470,00, J. A. John-Klein 262,00, Wölfler Maschinen 569,75, Wölfler Maschinen —, Wölfler Maschinen 320,25, Wölfler Maschinen 206 & Co. 376,00, Wölfler Maschinen 295,00, Wölfler Maschinen 644,00, Wölfler Maschinen 300,00, Wölfler Maschinen 289,00, Wölfler Maschinen 266,00, Wölfler Maschinen 634,00, Wölfler Maschinen 241,00, Wölfler Maschinen 246,50, Wölfler Maschinen 338,00, Wölfler Maschinen 301,00, Wölfler Maschinen 298,00, Wölfler Maschinen 645,00, Wölfler Maschinen 451,00, Wölfler Maschinen 496,00, Wölfler Maschinen 455,00, Wölfler Maschinen 373,75, Wölfler Maschinen 329,00, Wölfler Maschinen 741,00, Wölfler Maschinen 436,00, Wölfler Maschinen 306,00, Wölfler Maschinen 397,00, Wölfler Maschinen 321,00.

Hamburg, 28. April. Die Dynamitaktiengeellschaft vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg schloß wiederum die Verteilung eines Gewinnanteils von 40 % vor.

London, 28. April. Der Bankdiskont ist von 7 auf 6 1/2 % herabgesetzt worden.

Ständiger Gewerbelehrer

wird mit Genehmigung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts für die berufliche Weiterbildung der Anwärterbildungsschule des Schulverbandes Geringswalde, Alleringwalde, Klostergeringswalde und Hilmersdorf sofort oder für Michaeli gesucht. Es sollen Klassen für Metallarbeiter, Holzarbeiter und verschiedene zusammengeordnete Berufe gebildet werden. Besoldung nach dem Gesetz für Staatsbeamte und Lehrer. Bewerbungsgesuche mit Zeugnissen und Übersichtsformular erbeten. 952 Geringswalde, 26. April 1921. Der Stadtrat.

Bei dem unterzeichneten sächsischen Forstamte ist eine Hilfsförster- und Forstwartstelle baldmöglichst, spätestens aber zum 1. Juni d. J. neu zu besetzen. Das rufgehaltberechtigte Einkommen beider Stellen einsech. Den Kaufwandschuldigung und Besoldungsgeld entspricht den für die sächs. Staatsforstbeamten geltenden Bestimmungen. Der endgültigen Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus.

Geringere, geprüfte Bewerber, möglichst Kaufmännisch, tüchtig im Fach und unbedingt zuverlässig, sowie mit der sächs. Forstwirtschaft vertraut sind, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften sofort, spätestens aber bis 10. Mai d. J. hier einreichen. Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung wird verbeten. 979 Plauen i. Vogtl., am 29. April 1921. Der Rat der Kreisstadt Plauen, Forstamt.

Bei der hiesigen Verwaltung ist die Stelle des Gemeindefekretärs und stellvertr. Stabsbeamten alsbald zu besetzen. Besetzung nach Gruppe VII. Gegenwärtig Ortshilfe E. Einreichung in B wünschenswert. Besucht wird eine durchaus tüchtige, energiegeladene Kraft, die in allen Zweigen der Verwaltung gut vorgebildet, sowie zur selbständigen Erledigung aller Arbeiten u. Leitung der Registratur befähigt sein muß. Mindestalter 25 Jahre. Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Gemeindefassierer für sofort gesucht. Mindestalter: 21 Jahre. Besetzung nach Gruppe VI. Ortshilfe voraussetzlich B. Im Kassee- und Steuerwesen gut erfahrene Bewerber, welche auch mit Arbeiten der allgemeinen Verwaltung hinreichend vertraut sind, wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Mai d. J. einreichen. 973 Hlsterien d. Dresden, den 26. April 1921. Der Gemeinderat.

Angebot. Ein Krantransportwagen für Pferdebespannung ist veräußert. 967 Der Rat der Stadt Plauen i. Vogtl., Stadtbauamt.

Sächsische Bank zu Dresden Die von uns ausgetragenen Depositionen Nr. 13106, 13107, 13108, d. d. Dresden, den 20. Oktober 1921.

Nr. 26027, d. d. Dresden, den 5. Juli 1905, Nr. 46210, d. d. Dresden, den 14. August 1919 sind bei uns als verloren angezeigt worden.

Zu Gemächheit des § 12 unseres vertriebenen Statuts vom 21. Juni 1920 machen wir dies hiermit unter der Bedingung bekannt, daß wir die obigen Scheine für kraftlos erklären und an ihrer Stelle Duplikate ausstellen werden, wenn sich innerhalb dreier Monate, vom unten angeführten Tage ab, Inhaber dieser Scheine bei uns nicht melden sollten. Dresden, am 28. April 1921. 963 Sächsische Bank zu Dresden Grunberg Schmidt

Die schönsten und billigsten Hutblumen, Reiher, Straußfedern und Bausfedern hat Hesse, Dresden, Scheffelstr. 10/12, p. 1.-4. 45

Albert Walter Stempel Amalienstr. 21 Stempel-Fabrik u. -Kunst Siegelmarken, Kassette, Schreibzeug, alle Friedmannsche

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pf. in Dresden-N. in der Geschäftsstelle Str. Zwingerstraße 16.

In bekannter Güte wieder eingetroffen Weißweine Rotweine Süßweine Cognac Liköre Schaumweine Medizinalweine C. SPIELHAGEN, DRESDEN Allee Bautzner Straße 9. Wafferkunde der Elbe und Moldau. 28. April + 20 + 26 + 37 + 70 + 46 + 48 - 109 29. April + 10 + 18 + 42 + 72 + 78 + 61 - 101

Gebr. Arnhold Dresden Berlin Waisenhausstraße 20/22 Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 94 Berliner Büro, Berlin W. 55 Französische Straße 33 e Ausführung aller bankmässigen Geschäfte Handel in Wertpapieren und ausländischen Geldsorten Kassestunden 9-1 Uhr vormittags, 3-4 Uhr nachmittags, Sonnabends 9-1 Uhr.

Sächsische Bank zu Dresden. Die Aktionäre der Sächsischen Bank zu Dresden werden hierdurch eingeladen, zu der am Donnerstag, den 12. Mai 1921, vormittags 9 1/2 Uhr im Saale der Dresdner Börse in Dresden, Waisenhausstr. 23, I abzuhaltenden diesjährigen ordentlichen Generalversammlung sich einzufinden und ihre Stimmberechtigung durch Vorzeigung der Aktienhinterlegungsscheine bei den an den Eingängen des Sitzungssaales erpeditierenden Herren Notaren nachweisen zu lassen. Nach § 17 der Statuten müssen die Aktien bis 9. Mai d. J. einseh. bei der Bank oder ihren Filialen zu Annaberg i. Erzgeb., Chemnitz, Leipzig, Meitzner, Plauen i. V., Reichenbach i. V., Zittau und Zwickau i. V., oder bei Herrn S. Reichardt in Berlin, Herren G. Oppenheim jr. & Co. in Köln hinterlegt werden, welche Stellen eine Bescheinigung zur Legitimation der Aktionäre für die Generalversammlung ausstellen. Die hinterlegten Aktien werden vom 13. Mai d. J. ab gegen Rückgabe der ausgetragenen Bescheinigungen an denselben Stellen wieder ausgehändigt, an welchen deren Hinterlegung erfolgt ist. Als Gegenstände der Tagesordnung sind zu bezeichnen: 1. Vortrag des Jahresberichts und der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto für 1920. 2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz des Jahres 1920 und über Verwendung des Reingewinns. 3. Erstellung der Entlastung dem Aufsichtsrat und der Direktion. 4. Wahlen zum Aufsichtsrat. Das Versammlungstotal wird um 9 Uhr geöffnet. Dresden, am 16. April 1921. 615 Sächsische Bank zu Dresden. Der Aufsichtsrat: Dr. Rudolfsh. Die Direktion: Grunberg Schmidt.

Tagestaler. Sonnabend, 30. April. Staatstheater. Oberhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Komisch-phant. Oper in drei Akten, nach Shakespeare gleichnamig. Lustspiel gelehrt von G. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Sonntag: Tiesland. Musikdrama in einem Vorspiel und zwei Aufzügen von Rudolf Lothar. Musik von Eugen Waldert. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Montag: Har und Zimmermann. Anfang 7 Uhr. Dienstag: Nigoleto. (Derzog: Oskar Rosenbergs G.) Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Undine. Anf. 7 Uhr. Donnerstag: Erwin und Stolbe. (Hofde: Johanna Delfe a. G.) Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: Der

Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Toca. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonntag: Lohengrin. Anfang 7 1/2 Uhr. — Montag: Fingert Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Sonntag: Die Braut von Messina. Trauerspiel mit Chören in vier Akten von Fr. Schiller. (Johanna — Hedra. Heilstein von Bergtheater in Wien als Gast.) Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. — Montag: Rausch. Anf. 7 1/2 Uhr. — Dienstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7 1/2 Uhr. — Mittwoch: Medea. Anfang 7 1/2 Uhr. — Donnerstag: Faust I. Anfang 5 Uhr. — Freitag: Der Herr Senator. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Straußenf. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonntag (12. Aufführung) vormittags 11 1/2 Uhr: Schneider-Wibel. Abends 7 1/2 Uhr: Der Herr Senator. — Montag: Am Teufel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Waldtheater. Ihr Papa. Lustspiel in drei Akten von Leo Waldler Stein. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag: Die fünf Frankfurter. Lustspiel in drei Akten von Carl Höpfer. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr. — Montag: Die fünf Frankfurter. Anfang 7 1/2 Uhr. — Dienstag: Die Waise der Pandora. Anfang 7 1/2 Uhr. — Mittwoch (zum erstenmal): Der Querschnitt. Anfang 7 1/2 Uhr. — Donnerstag: Der Querschnitt. Anfang 7 1/2 Uhr. — Freitag: Die fünf Frankfurter. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Der Querschnitt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentraltheater. Hol' mich der Teufel! Operette in 2 Akten und einem Epilog von Viktor Leon und Heinz Reichert. Musik von Leopold Reichwein. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Sonntag: Diefelbe Vorstellung.

Vittoriatheater. Komiker Gustav Bertram mit Gesellschaft. Margarete Peters a. G.; Der krusche Maharadscha. Poffe mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Dr. med. Max Holzweissig, Vizebürgermeister am Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Berlin und Fräulein Margarete Thomas in Leipzig. — Vermählt: Hr. Erich Reinecke mit Fräulein Gabriele Bilo de Bally in Dresden; Hr. Dr. med. W. Dumas mit Fräulein Susanne Goedecke in Leipzig. — Gestorben: Hr. Kunst- und Antiquitätenhändler Arno Martin (52 J.) in Dresden; Frau Ida verw. Nobels geb. Blind in Dresden; Frau Auguste Gebauer, geb. Klein (56 J.) in Dresden; Fräulein Maria Weismann (77 J.) in Dresden; Hr. Polizeikommissar Johannes Max Willibald Lorenz (86 J.) in Dresden; Hr. Ernst Ihme, Plafmeister in Dresden.

Die unterzeichnete Behörde erfüllt die schmerzliche Pflicht, das am 28. April erfolgte Ableben des hochverehrten, teuren Direktors, des Herrn Oberstudiendirektor Dr. phil. Otto Geyer hierdurch anzukündigen. Die Beerdigung am 3. Mai um 3 Uhr auf dem Jannert-Platzschen Friedhof in Dresden-Plauen. 974